

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsgeldern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (Halbmonatl. 1,25 M.) durch die Post bezogen monatl. 2,50 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Altmarkt 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfach: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft
Schiffverteilung: Dresden-Alt. Altmarkt 2 / Fernstr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gestaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 1,50 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile an den dreißigtägigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt. Altmarkt 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen besonderer Verhältnisse besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Montag den 1. Oktober 1928

Nummer 230

Reichsbannerleute ermorden einen KZB-Kameraden

Blutige Wahlen in Geesthacht / Das Hamburger Reichsbanner provoziert Zusammenstöße / 1 KZB-Kamerad getötet / 15 Schwer- und 200 Leichtverletzte / Schwere Zusammenstöße mit Nationalsozialisten in Berlin

Blutige Wahlarbeit des Reichsbanners

Die Wahlen unterbrochen

Hamburg, 1. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)
Gestern fand in Geesthacht Stadtverordnetenwahl statt. Die Reichsbanner-Gauleitung hatte „zur gesicherten Durchführung der Wahl“ am 2000 Reichsbannerleute zusammengezogen und diese durch ihre Führer maßlos verhetzt. Sie übten sich in Provokationen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft und insbesondere den Roten Frontkämpferbund, so daß es zu schweren Zusammenstößen kam, und später zu einer furchtbaren Schlägerei, bei der ein KZB-Kamerad von den Reichsbannerleuten erschossen wurde. Außerdem gab es 15 Schwer- und 200 Leichtverletzte, von denen ebenfalls viele lebensgefährliche Verletzungen davongetragen haben. Der Bevölkerung hat sich über das Auftreten der Reichsbannerleute eine ungeheure Erregung bemächtigt. Die Stadtverordnetenwahlen mußten abgebrochen und verschoben werden.

Erneut ist es nach obiger Meldung mit den Hamburger Reichsbannerarbeitern zu schweren Zusammenstößen gekommen. Diese Reichsbannertruppe, die schon ihren blutigen Heberfall auf die Hamburger demonstrierende Jugend durchführte, zeichnet sich immer mehr als faschistischer Stoßtrupp der KPD aus. Natürlich versucht man wieder, die Schuld auf die Roten Frontkämpfer abzuschieben. Aber selbst die bürgerlichen Zeitungen können nicht voll verschleiern, daß das provokatorische Auftreten des Reichsbanners die Veranlassung zu den Zusammenstößen gegeben hat.

Die Verhetzung des Reichsbanners gegen die revolutionäre Arbeiterschaft wird zum Prinzip dieser Organisation erhoben. Das zeigte am besten die Bundesversammlung des Reichsbanners in Berlin. Die Berliner Arbeiter sind zwar nicht sehr erbaut von dieser schwarzweißgoldenen Schmutztruppe der Schwerindustrie. Die zur Eröffnungsfeier angelegte Parallelsammlung mußte ausfallen. Auf der Tagung gab Hörsing dann den Kurs an. Hörsing heulte in der niederträchtigsten Art gegen die Kommunisten. In wütenden Tönen wendete er sich gegen den Volksentscheid. Seine Hehe krönte er damit, daß er schrie: Die Regalageremonien, die Heberfälle und Körperverletzungen durch die Kommunisten müßten rücksichtslos beendet werden. Angriffe auf die Kommunisten, auf die revolutionären Arbeiter! So kommandiert die Bundesleitung. In Hamburg und jetzt in Geesthacht bei Hamburg haben die Reichsbannergeisellen Beispiele davon gegeben, wie dieser Kampf aussehen soll. Das Reichsbanner hat die Stellung der polnischen sozialdemokratischen Schutzorganisation erreicht. Man kann jetzt mit andauernden Heberfällen auf die revolutionäre Front rechnen. Die Stahlhelmer und Nationalsozialisten erhalten immer offener die Unterstützung des Reichsbanners, das ja auch in Breslau gemeinsam mit diesen Organisationen vor Hindenburg paradierte.

Die Reichsbanner-Gauleitung hatte erklärt, die Wahlen schütten zu wollen. Bisher wurde noch keine Wahl geführt. Die Kommunisten und die KZB-Kameraden wissen, daß man mit der Fortnahme von ein paar Stimmzetteln keinen Sieg des Proletariats herbeiführen kann. Schon die Begründung des Aufmarsches zeigt, was das Reichsbanner wollte. Es sollten Territorialwahlen für die KPD durchgeführt werden. Man befürchtete dort in Geesthacht die erste Abrechnung für die Panzerkreuzerbewilligung zu erhalten. Deswegen der Aufmarsch.

Die gesamte Arbeiterschaft wird sich mit Empörung von dieser Schandtat abenden. Hier handelt es sich um vorbedachte Mordhandlungen. Die Reichsbannerleute waren bewaffnet. Bewaffnet mit Gummiknüppeln, Dolchen und Revolvern sind sie anmarschiert. Die Absicht, diese Waffen gegen die revolutionären Arbeiter zu benutzen, stand von Anfang an fest.

Arbeiter, Klassenossen! Erhebt eure Stimme zum Protest gegen die Mordhehe des Reichsbanners.

Die treffendste Antwort ist die sofort am Mittwoch, den ersten Einzugsungstage, vorgenommene Unterschrift

zum Volksbegehren. Demonstriert durch eure Beteiligung an der Einzeichnung den Willen der revolutionären Front gegen Faschisten und Panzerkreuzerjohndemokraten. Organisiert die Kampftruppe gegen die schwarzrotgoldenen Helfer des Imperialismus.

Blutige Zusammenstöße in Berlin

Jörgelbeil schlägt die angreifenden Nationalsozialisten über 20 Verwundete - 42 Verhaftete

Berlin, 1. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern veranstalteten die Nationalsozialisten einen sogenannten Märktag, bei dem es durch das provokatorische Auftreten der Nationalsozialisten zu schweren Zusammenstößen mit der gegenemonstrierenden Arbeiterschaft kam. Diefelbe hatte es sich, wie bei früheren Aufmärschen des Stahlhelms, nicht nehmen lassen, den Nationalsozialisten gleichfalls zu zeigen,

daß Berlin rot ist. In Vichterfelde sammelten sich die Nationalsozialisten und zogen über Steglitz und Friedenau nach dem Sportplatz. In der Richte- und Jahnstraße in Steglitz und in der Mühlberger Straße überfielen die Nationalsozialisten, als ihnen kleinere Truppen Arbeiter entgegenkamen, diese durch ihre Stoßtruppe. Unter einem rickigen Polizeiaufgebot von ca. 2000 Schutzbeamten marschierten die nur 1500 Mann zählenden Nationalsozialisten nach dem Sportplatz, wo sie von einer ungeheuren Arbeitermenge mit Pfaffen, Pfeilen und dem Gesang der Internationale empfangen wurden. Nach hier gingen die Nationalsozialisten unter dem Schutz von Jörgelbeils Polizei in Stoßtruppe vor, erlitten aber von den Arbeitern jumeist blutige Köpfe. Unter den Arbeitern waren zahlreiche Reichsbannerleute und Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend, die besonders ihre Empörung über den Schutz zum Ausdruck brachten, den die Polizei ihres Genossen Jörgelbeil den Nationalsozialisten angedeihen ließ. Bei den Zusammenstößen wurde eine ganze Reihe von Personen schwer verletzt, über 20 leicht verwundet, 42 Nationalsozialisten und Arbeiter wurden verhaftet. Der Abmarsch der Nationalsozialisten war gleichfalls wieder ein Spiechertentlaufen vor den revolutionären Arbeitern. Unter einem Polizeiaufgebot von 2000 unter Bewachung von je 2 Wagen Schupo abtransportiert.

100000 Arbeiter im Kampf

Streik der Werftarbeiter

Hamburg, 1. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Heute treten 50 000 Werftarbeiter in den Streik. Der Hamburger Schlichter, Stenzel, hat ihnen in einem Schiedspruch 2 1/2 Prozent Lohnerhöhung in der Spitze angedeihen. Mit überwältigender Mehrheit wurde dieser Schiedspruch in allen Werftorten abgelehnt. Die Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium sind gescheitert und der Reichsarbeitsminister Wiffell konnte es in der jetzigen Situation, wo er die Schiedsprüche für die mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter und sächsischen Webereien verbindlich erklärte, nicht wagen, den Werft-Schiedspruch verbindlich zu erklären.

Jetzt, nachdem der Kampf da ist, kann es nicht Ziel des Kampfes sein, den elenden Schiedspruch durch geringfügige Wenderungen zu „verbessern“, jetzt müssen sich die Werftarbeiter

Glänzende Resultate am ersten Gammelsonntage!

Am gestrigen Sonntag wurden bei der Sammlung für den Volksentscheid Resultate erzielt, die die bisherigen weit übertrafen. Bereits am Nachmittag wurden im Sekretariat als vorläufige Ergebnisse abgeliefert von

| | |
|-----------------------|-----------|
| Stadtteil 6 | 461,20 RM |
| „ 3 | 300,— „ |
| „ 1 | 200,00 „ |
| „ 5 | 193,30 „ |
| „ 4 | 50,— „ |

Eine ganze Anzahl Resultate stehen noch aus!

Einzelsammlungen:

Seidel & Naumann am ersten Nachmittage 100,—; Gaswert Reich 10,—; Hofmühle Wienert (durch einen Genossen) 15,95; Uniperelle 32,20; vier Altstädter Jugendgenossen 12,95; die Freitaler Jugend 30,70; Gen. Hartmann (Stadtteil Neuladisch) an einem Nachmittage 20,70; Baustelle Arbeiterheim Gotha 16,80 RM.

Genossen! Diese Ergebnisse müssen jeden einzelnen anspornen! Wo die Zeitung nicht rühlig ist, legt selbst Druck dahinter!

Kommunisten vor die Front!

Das Volksbegehren ist Deine Pflicht — der Müller-Franken hilft Dir nicht!

ein Ziel setzen, das sowohl den Teuerungserhältnissen wie dem Stand der kapitalistischen Rationalisierung, das heißt Antriebskraft entspricht. Die Forderungen des DMB haben keine klaren Forderungen aufgestellt. Die Opposition schlägt daher vor, folgende Forderungen als Kampfpunkt auszusprechen:

1,20 Mark Stundelohn in der Spitze ohne Orlsklassen und Sonderzulagen, 8-Stundenlag und Sonnabend-Frühstück, das heißt die 45-Stundenwoche, kurzfristiger Tarifabschluss mit monatlicher Kündigung.

Der Kampf um dieses Ziel muß mit großer Macht geführt werden. Die Lage ist günstig, denn jetzt stehen an der Werksecke weitere Arbeiterkämpfe in Bewegung. Die Seelze sind in Bewegung, die Hamburger Holz- und Strahlholzer stehen vor dem Streik um höhere Löhne. In den Hamburger Land-Metallbetrieben drängen die Arbeiter nach zwischenterritorialen Lohnerhöhungen.

Durch Verbindung dieser Bewegungen wäre es möglich, dem Kampf eine solche Macht und Kraft zu geben, daß die Werftgebeten müssen. Denn der Kampf der Werftarbeiter, wie der aller Arbeiter ruht sich im Grunde gegen jenes System, das darin besteht, den Arbeitern durch Preissteigerungen die Reallohne zu senken, damit die Unternehmerprofite zunehmen und die imperialistischen Kriegsrüstungen der deutschen Bourgeoisie finanziert werden können. Gegen dieses System richtet sich das Volksbegehren gegen den Kriegsdienst, genau so wie die Lohnkämpfe der Arbeiter. Die Gesamtarbeiterchaft kann die Lohnkämpfe dadurch wirksam unterstützen, daß sie im Volksbegehren, am Kampf gegen die imperialistischen Kriegsrüstungen teilnimmt.

Die Werftarbeiter müssen sich darüber klar sein, daß sie neben den Unternehmern den kapitalistischen Staat gegen sich haben und daß der Schlichter nur auf den günstigen Moment wartet, um wieder einzutreten und den Kampf abwürgen zu können. Darum müssen sie zusammenstehen in dem Gedanken, keine Einmischung des Schlichters mehr zu dulden und geschlossen so lange zu kämpfen, bis sie ihre Forderungen durchgeleht haben.

Textilarbeiterausterrung am Niederrhein

Düsseldorf, den 30. September.

Die Aussperrung der 40 000 Textilarbeiter im Bezirk Mönchengladbach ist am Sonnabend mittag durchgeführt worden. Außer diesen 40 000 sind im Kempen-Verseuer Bezirk 5000 Textilarbeiter mit ausgesperrt worden, so daß also zusammen mit den übrigen Aussperrten rund 50 000 Textilarbeiter im linksrheinischen Gebiet auf der Straße liegen. Eine Vermittlungskommission der Oberbürgermeister der Städte Mönchengladbach und Rhein ist eingesetzt. Die Kampfsituation ist glänzend. In allen größeren Orten haben gestern und vorgestern herbeijuchte Textilarbeiterversammlungen stattgefunden, die eine ungeheuerliche Kampfstimmung aufwiesen. Auch heute werden in den größeren Orten öffentliche Textilarbeiterversammlungen der Kommunistischen Partei stattfinden.

Hebermorgen

ist erster Einzeichnungstag. — Von 8 bis 20 Uhr in allen Wohlfahrts-polizeiwachen und Wahllokalen. (In den ostfächsischen Gemeinden auf dem Gemeindeamt oder Rathaus) **mußt Du einzeichnen!**

Der Preiswucher der Großen Koalition

Die Wahlschlager der SPD und die Wirklichkeit

Verstrebene Preissteigerungen von Waren, die auf das allgemeine Preis- und Lebenshaltungsniveau von tief einschneidender Wirkung sein werden, sind erfolgt, neue Preissteigerungen sind angekündigt. Eine neue Preiswelle steigt an, aber droht wenigstens durch die Preissteigerungen ausgeglichen zu werden. Preissteigerung, Wucherpolitik des in Monopolen organisierten Kapitals kennzeichnet heute die Lage.

Wir hatten in Deutschland in diesem Jahre schon einmal dieselbe Lage. So war knapp vor den Wahlen, als Preissteigerungen für Kohle und Eisen durchgeführt worden waren und eine neue Verteuerung der Eisenbahntarife angekündigt wurde. Damals nahm auch das Zentralorgan der Sozialdemokratie, der „Vorwärts“, zu der Politik der dauernden Auswanderung der Massen Stellung. Es ist von Wert, heute daran zu erinnern wie das geschehen ist. Der „Vorwärts“ fragte „Lebenshaltung“ die Bürgerpartei-Regierung an, um dann wiederholend zu schreiben:

„Die Preissteigerung von Kohle und Eisen hat sich noch nicht ausgeglichen; die große Prezwelle, die seit dem Beginn der Stabilisierung von allen Regierungen des Bürgerblocks vermehrt worden wurde, wird in den nächsten Wochen und Monaten weiter anheben... Ihr Einhalt zu gebieten, ist nur eine Regierung imstande, in der die Führer der Arbeiterklasse... maßgeblichen Einfluß besitzen.“

So schrieb der „Vorwärts“ vom 15. Mai 1928, und der Sinn seiner Ausführungen war eindeutig. Die Bürgerpartei-Regierung hat eine Politik der Preiswucher eingeschlagen, um die Massen auf diesem Wege zu Gunsten der herrschenden Klasse dauernd zu verteuern. Die Große Koalition — das war nach der gegebenen Lage die Regierung, die von der Sozialdemokratie angelehrt wurde, das heißt die Regierung werden, in der nach dem Wort des „Vorwärts“ die „Führer der Arbeiterklasse“ maßgeblichen Einfluß besitzen — würde eine andere Politik betreiben: eine Politik natürlich, die auf Beseitigung des Preiswuchers, auf Preisniedrigung und Kostensenkung abzielen müßte.

Der „Vorwärts“ und die übrigen sozialdemokratischen Presseorgane hier nur einem Schwort, das einer der Führer des Reformismus, Hilferding, in seiner großen Rede auf dem Kieler Parteitag geäußert hatte. Hilferding hatte in seiner Rede davon gesprochen, daß heute der Lohn ein politischer Preis sei und ebenso der Preis ein politischer Preis, und daß daher von der Stärke der Sozialdemokratie im Parlament, von ihrer Beteiligung an der Regierung es abhängig sei, ob der Arbeiter und die Arbeiterinnen gute politische Preise, das heißt überhöhter Preise und hohe Reallohn, erhalten können, oder nicht. Natürlich sagte damals Hilferding laut Parteitag-protokoll:

„Wir müssen es in jedes Arbeiterinn einprägen, daß der Reallohn ein politischer Preis ist, daß es von der Stärke der parlamentarischen Vertretung der Arbeiterklasse, von der Stärke ihrer Organisation und den sozialen Machtverhältnissen außerhalb des Parlaments abhängt, wie der Lohn am Ende der Woche sich gestaltet. Ramentlich den Arbeiterinnen muß es gesagt werden: Wenn ihr zur Wahl geht, entscheidet ihr gleichzeitig über Brot und Fleisch und die Höhe des Lohnes.“

Mit diesen Argumenten hat die Sozialdemokratie ihre Kandidaten zu den Reichstagswahlen mit bestreitet, und daß sie nicht wirkungslos geblieben sind, weist ihr Wahlerfolg.

Das Schlagwort: „Statt Panzerkreuzer Kinderpreise!“ war nur einer der reformistischen Wahlschlager. Als Demagogie, als Volksbetrüger, waren die Reformisten damals auch auf anderen Gebieten nicht müßig und auch die Preispolitik der Bürgerpartei-Regierung deuteten sie zu solchen Zwecken aus. Hier waren ihre Wahlschlager:

Durch künstliches Hinausschieben der Mieten werden den Hausbesitzern Hunderte von Millionen gekostet;

der Brotpreis hat eine Höhe erreicht, wie noch niemals zu irgend einer anderen Zeit. Deutschland ist das Land des teuersten Brotes geworden;

durch Abschaffung der Getreide-Einfuhr wird tausenden Familien die Möglichkeit der Nahrungnahme genommen, den übrigen das Fleisch verküppelt;

die Käse auf Fleisch, Mais, Zucker, Kartoffeln wurden erhöht, und so Nahrungsmittel verteuert;

Protgetreide wird mit Hilfe staatlicher Gelder im Auslande beschleudert;

Folgebühren, Kohlen- und Eisenpreise sind willkürlich erhöht worden, vom Zollabbau ist es still geworden;

eine Politik des Wuchers ist die Preispolitik der Bürgerpartei-Regierung und ihr unabweisbares Ziel ist der Druck auf den Reallohn.

Jetzt regiert die Große Koalition. Die Reformisten sind in ihr durch die Minister „in die Welt“ vertrieben. Wie ist nun die Preispolitik der Großen Koalition? Unterscheidet sich ihre Preispolitik merklich von der Preispolitik der Bürgerpartei-Regierung? Hat die Große Koalition eine solche Politik der Preise eingeschlagen, daß die Interessen der Massen geschützt und die Interessen der Kapitalisten zurückgestellt werden? Dies kann nicht behauptet werden, vielmehr gleicht die Preispolitik der Großen Koalition auf ein Haar der Preispolitik der Bürgerpartei-Regierung.

Von einem Zollabbau ist es auch weiterhin still geblieben. Die Preise für Kohle und Eisen sind unverändert hoch. Die Eisenindustrie hat ihre Profite während der Regierung der Großen Koalition sogar vermehren können, denn die Inlandspreise sind dieselben wie vorher, die Preise für ausgeführtes Eisen sind aber stark in die Höhe gegangen. Jetzt droht die Eisenindustrie gar, die Preise radikal zu erhöhen, wenn den Eisenindustrie ein Lohn bewilligt wird, der auch nur einen schwachen Leistungsausgleich für die Eisenarbeiter erzielen sollte.

Der Reichskohlenrat hat der Braunkohlenindustrie mit Zustimmung des Vertreters der Regierung der Großen Ko-

alition eine Preissteigerung bewilligt, wobei hier ausdrücklich die sozialpolitische Spitze gegen die Arbeiterklasse hervorgehoben wird. Denn laut Begründung soll diese Preissteigerung die am 1. September in Kraft getretene Kohlenpreiserhöhung mit „ausgleichen“. Tatsächlich nimmt die Braunkohlenindustrie die Kohlenpreiserhöhung zum Anlaß, um neuen Preisprotest herauszulassen. Denn aus Grund der Kohlenpreiserhöhung würde die Braunkohlenindustrie jetzt an Löhnen etwa 25 Millionen RM mehr zu zahlen haben und dabei noch immer reichlich profitieren. Auf Grund der neuen Kohlenpreise wird das Braunkohlenprodukt eine Mehreinnahme von etwa 7,5 Millionen RM erzielen, also mehr als das Doppelte der Mehrausgaben für die Löhne.

Auch die Tarifierhöhung der Reichsbahn trifft vor allem die Massen. Denn es werden gerade diejenigen Waren- und Personentarife in die Höhe geschraubt, deren Verteuerung eine Kürzung der Lebenshaltung der Massen zur Folge haben wird. Und, ferner, Vergünstigungen und Ausnahmetarife vorgezogen sind, werden für die Großindustrie und dem Großhandelskapital zugute kommen.

Ebenso läßt die Große Koalition die Wucherpolitik der Agrarier und Händler ruhig gewähren, und wo sie „politische“ Eingangssteuern vorzuziehen, geschieht es im Interesse der Hochhaltung der Preise, der Hochhaltung der Profite. Deutschland hat dies Jahr eine glänzend ausgefallene Ernte, und trotzdem ist es nach den Worten des Reformisten noch weiterhin „das Land des teuersten Brotes“ geblieben.

Die Regierung des Bürgerblocks hat eine Politik der Bewahrung der Konumenten der breiten Massen geführt; aber die Regierung der Großen Koalition legt diese Politik fort und fördert sie mit allen Mitteln. Arbeiter und Arbeiterinnen können jetzt an Hand der Erfahrungen feststellen, daß die Preissteigerungen der Reformisten nicht nur in Frage des Preises von Panzerkreuzern, sondern auch in allen anderen Fragen, die das Arbeiterleben betreffen, einleuchtend waren. Die Preise mögen politische Preise sein. Aber die praktische Erfahrung, die wirtschaftliche Einstellung lehrt, daß die Reformisten und ihre Minister eine Interessenpolitik zugunsten des Kapitals und der Agrarier gegen die Interessen der breiten Massen führen.

Zuspitzung der Lage in Oesterreich

Rückzug der SPD-Führer — Drohung der italienischen faschistischen Regierung

Wien, 1. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Lage in Oesterreich, anlässlich des Aufmarsches der Heimwehren am 7. Oktober hat sich weiterhin verschärft. Trotz der Versuche der reformistischen SPD-Führer, die Regierung zu einem Verbot des Aufmarsches am 7. Oktober zu bewegen, läßt die Seipel-Regierung den Heimwehren weiterhin alle Unterstützung angehehen, während sie jetzt mit dem Verbot der sozialdemokratischen Aufmarsche in Wien-Neustadt beschlossen, am 7. Oktober aufzumarschieren, einerseits, ob die Kundgebung der Sozialdemokraten verboten wird oder nicht. Dieser Beschluß wurde im Namen von 72000 Arbeitern des Neustädter Industriebezirks angenommen. Gleichzeitig bewilligte die Kommandantur 16000 Schilling zur Beförderung der reformistischen SPD-Führer aber alles tun, um den Aufmarsch der Arbeiterklasse gegen die Heimwehren zu hintertreiben, geht hervor, daß die SPD-Führer jetzt gewillt sind, wenn die Kundgebung in Wien-Neustadt verboten werden könnte, in Wien eine Kleinere Kundgebung zu veranstalten, und gleichzeitig die österreichischen Nationalversammlung am 7. Oktober im Besenauer Industriegebiet zu einem großen Meeting zusammenzurufen. Das bedeutet einen glatten Rückzug vor den faschistischen Heimwehren und eine Preisgabe von Wien-Neustadt.

Nach Meldungen aus Mailand fanden in Italien Verhandlungen statt über eventuelle Zusammenkünfte in Oesterreich am 7. Oktober. Der italienische Gesandte wird in Wien Anfang dieser Woche die „Belange“ der italienischen Regierung gegenüber den Ereignissen in Oesterreich zum Ausdruck bringen.

Explosion in einer Zündhütchenfabrik

M. Köln. In der Zündhütchenfabrik der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-Fabrik in Troisdorf ereignete sich am Freitag eine Explosion, wobei ein Arbeiter getötet und ein anderer schwer verletzt wurde.

Nur noch eine Frage der Zeit

wann die Kommunisten die unbestrittenen Führer der proletarischen Massen werden

Das ist das Kriterium der Bourgeoisie. Die Kreuzzeitung vom 29. September schreibt:

„Die Panzerkreuzeragitation der Kommunisten hat den Parteivorsitzenden der Sozialdemokratie viel beunruhigt gemacht, als er nach außen weggehen möchte... Der Panzerkreuzer darf unter keinen Umständen gebaut werden — das wurde schließlich die Parole, die als proletarische Losungslinie aufgefunden wurde. Das Proletariat in Deutschland hat einen Jahrestag und organisatorisch gespalten, das heißt gesplittert, und hat nun in einer Parole zusammen; tief im Hinterbewußtsein wurde die nie abgewandene Hoffnung auf Einigung der proletarischen Massen erneut erregt. Daran muß man denken, um zu verstehen, warum die Bewilligung des Panzerkreuzers durch die sozialdemokratischen Reichsminister in den

Wichtig ist jedoch die Aktion, so wird die kommunistische Agitation von einer Niederlage sprechen und diese zu einem Appell an die Initiative der Unterlegenen ausbauen, und wo der Proletarier sich im Recht glaubend, eine Niederlage erleidet, da bäumt er sich auf zu einem „Nun erst recht!“ — Die Kommunisten werden die faszinierende Initiative der proletarischen Massen schon zu wecken wissen, wer das nach einer Niederlage vermag, der leitet die proletarischen Massen nur um so enger an sich... Die Kommunisten profitieren in jedem Falle...“

Das eigentliche Ziel der Agitation (die nach der Kreuzzeitung „mit Quasifortschritt zu tun hat“) wird dann klar, wenn man beachtet, wie die Kommunisten, die rote Fahne gibt da den Ton an, Panzerkreuzeragitation mit sozialrevolutionären Gedanken und Forderungen verbindet, um deren willen vollzucht sich überhaupt die ganze Agitation. Die proletarischen Massen sollen politisiert, richtiger revolutionisiert werden. Kleinbürgerlich oder revolutionär — das ist in Deutschland der tiefe, nie zu überbrückende Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Kommunisten, um diese Frage geht zwischen beiden der Kampf, und diese Frage ist gegenwärtig einer ersten Entscheidung nähergerückt. Die Panzerkreuzeragitation ist nur die Kulisse, hinter der eine für Deutschland bedeutende Entscheidung begonnen hat.“

Die Kreuzzeitung beschließt sich dann mit der Gewerkschaftsstatistik und hebt ganz richtig, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften besonders ernst Arbeit leisten.

„Die Macht liegt ein wenig weiter noch bei den sozialdemokratischen Organisationen, und es noch Jahre Zeit brauchen, bis da eine Wandlung eintritt; aber die Kommunisten arbeiten an ihr. Die gegenwärtige Situation und die kommenden schweren Wirtschaftskämpfe sind ihnen günstig. Und endlich haben sie der Sozialdemokratie eine Idee entzogen: die proletarische Revolution. Daß die Sozialdemokratie diese eingeleitet hat, bedarf keines Beweises, aber in den Massen ist die Hoffnung auf eine andere, bessere Welt nach wie vor lebendig; und je weiter der Zeiger der Dämmerung vorrückt, wachst für die Kommunisten die Möglichkeit, jede Hoffnung in Glauben und diesen in aktive revolutionäre Kraft umzuwandeln. Diese Entwicklung ist im Ganzen, ihre Linie wird im Zukunft orientieren, insofern ist der Endpunkt durch Deutschlands Verfassung entscheidend festgelegt. Eine proletarische Revolution in Deutschland aber wird zwangsläufig das Eingreifen des sozialistischen Auslandes zur Folge haben. Von dann, die Revolution ist nicht lehrer preisgegeben wie 1918, es bleibt ihr wie jeder Revolution nichts anderes übrig, sie muß sich als nationaler Widerstand organisieren.“

Wir haben den Aufbau so ausführlich wiedergegeben, weil aus ihm neben einer kapitalistischen Arbeiterbewegung der Kritik der Situation doch eine klare Erkenntnis der einzigen Perspektive, die es in dem imperialistischen Deutschland gibt, spricht. Natürlich denkt die Kreuzzeitung an nichts weiter als daran mit der kommenden revolutionären Entwicklung Geschäfte zu machen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß sie anders als kleinbürgerliche Organe imstande ist, die tatsächliche Lage zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus richtig zu kennzeichnen.

In dem gleichen Tage dieser sensationellen Stellungnahme des deutschnationalen Parteivorstands kann man in einigen deutschen SPD-Blättern in verschiedener Variation eine neue Auflage des „KPD-Zusammenbruchs“ lesen. Die Relinquenz der Hamburger Angelegenheit und die in keiner anderen Partei mögliche entschlossene Trennung der Führung auch von angesehenen Führern, wie etwa des Genossen Thälmann soll diesen Zusammenbruch diesmal kanalisieren. Aber die Sozialdemokratie glaubte ihn diesmal noch weniger als sonst, während sie ihn verkündet. Im Gegenteil, aber sie verläßt am Vorabend des Volksrechens Verwirrung zu stiften. Niemand sagt dies klarer als die sozialdemokratische Provinzpresse. Dort findet man als Nebenbeziehung aller Artikelchen und Pamphlete zum Ausschluß Wittorfs die Forderung: Weg mit dem politischen Komposthaufen KPD (nebenbei wörtlich übernommen von den Ultralinken) und hinein in die politische Klassenpartei SPD. Weg mit dem Bruderkampf, her mit der proletarischen Einheitsfront, gegen Kapitalismus und Volksausbeutung, keine Stimme dem kommunistischen Volksentw. (Weid-Handover. II)

Wie wenig der sozialdemokratische Schwindel wirken wird, dafür zeugt ein solches Geständnis, wie die Bourgeoisie die Lage einschätzt, der besprochene Artikel aus der Kreuzzeitung.

Letzter Appell!

An die Mitglieder des Roten Frauen- und Mädchenbundes Bundesgenossinnen!

Vom 3. bis 16. Oktober liegen in allen Orten Deutschlands die Witen zur Eintragung für das Volksbegehren gegen Panzerkreuzerbau aus. Eure Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß die Frauen in Stadt und Land sich einzuschließen.

Sagt es jeder Arbeitskollegin im Betrieb. Sagt es den Frauen in dem Hause, wo ihr wohnt. Sagt es ihnen im Konsum, auf dem Markt, macht sie aufmerksam durch Haus- und Hofpropaganda.

Richtet in öffentlichen Frauenversammlungen den letzten Appell an sie.

Arbeitsfrau! Wenn du gegen Panzerkreuzerbau, zur Kindererziehung, für geräumige Wohnungen, ausreichende Fürsorge für Mutter und Kind bist, wenn du gegen neue imperialistische Kriege, für den Schutz Sowjetrußlands bist, dann

zeichne dich ein! Bundesmitglieder! Beweist erneut und in verstärktem Maße, wie unsere proletarische Frauenorganisation praktisch den Kampf führt gegen die drohende Kriegsgefahr.

Heran an die Arbeit! Nur der Kampf führt zum Sieg! Bundesleitung des Roten Frauen- und Mädchenbundes.

proletarischen Massen eine Erregung ausgelöst hat, deren Breite und Tiefe kein Verhältnis zum Streitobjekt ist... Seit über Nacht vollzog sich... eine für Deutschland nicht abendende Wendung... mit dieser (gegen den Panzerkreuzerbau) klaren Parole... sprachen die Kommunisten nur aus, was die Sozialdemokratie, wenn auch in anderer Form, monatelang gesagt hatte — aber indem die Kommunisten es in dieser Vertrauensfrage sagten, wurden sie in Deutschland zum erstenmal die Vorführer der proletarischen Massen... die proletarischen Massen sind nun — nachdem sie es betont — in Deutschland zum ersten Male auf einem von den Kommunisten bestimmten Generalanruf gebracht. Ohnmächtig steht die Sozialdemokratie abseits. Das ist, nach Lage der Dinge für die Kommunisten ein Ereignis, von dem sie selber wahrscheinlich überläßt sind, aber sie sind darin von Wostok gekümpft, bewegt und im Aussehen von grundlegend neuen Situationen geschickt, und es wird sich ja bald zeigen, in welchem Umfange die proletarischen Massen ihnen einwillen in dieser einen Frage folgen (Volksbegehren).

Wenn diese kommunistische Aktion gelingt, so sind es die Kommunisten, unter deren Führung die proletarischen Massen einen offensichtlichen Erfolg gegen den Imperialismus der kapitalistischen Bourgeoisie erlängst haben, dann wird das Vertrauen zur kommunistischen Führung in einem Maße gewahrt, daß es nur noch eine Frage der Zeit sein wird, wann die Kommunisten die unbestrittenen Führer der proletarischen Massen werden.

Vulkankatastrophe

175 Todesopfer

Auf der Insel Katuech brach der Vulkan Kofalinda aus. Sechs Dörfer wurden verwüstet. Von der Katastrophe wurden 3000 Personen betroffen. 175 Todesopfer wurden bisher festgestellt. Die Bevölkerung der betroffenen Ortschaften werden nach dem Norden gebracht. In fast alle Fischerboote verloren gingen, ist der Fischfang vorläufig unmöglich. Neue Werkzeuge werden bereits angeschafft. Zur Unterstützung der Bevölkerung werden 1000 holländische Gulden als Ergänzung des bestehenden Reservefonds für derartige Katastrophen verlangt. Für die Lebensmittelversorgung, Pflege der Kranken und Verwundeten, wurden die nötigen Maßnahmen getroffen. Die Bevölkerung der Insel ist noch sehr primitiv.

Unsere Aufgaben in den Gewerkschaften

Am vergangenen Donnerstag hatte die SD-Abteilung Gewerkschaften, eine Parteiarbeiterkonferenz für Groß-Dresden einberufen. Der Genosse Merker, Berlin, sprach über den Verbandstag des ADGB und die Aufgaben der Partei. Einleitend gab Genosse Vena, Berlin, eine Information über die hiesigen Vorgänge und die vorläufige Funktionsübernahme des Genossen Lehmann. Nach dem erging das Wort der Genosse Merker. In Anbetracht der Wichtigkeit des Referats geben wir hier noch den wesentlichen Teil desselben wieder. Genosse Merker führte aus:

Es fanden in den letzten Wochen zwei, für die Arbeiter deutende, Kongresse statt: der Kongreß der englischen Gewerkschaften und der Kongreß des ADGB. Der Verlauf und die Beschlüsse dieser Kongresse bedingten die Analyse des Weltkongresses der Kommunisten über das Verhalten der sozialdemokratischen Führerschaft. Offen zeigte sich auf diesen Kongressen die Wandlung der Gewerkschaften mit den Verhältnissen. Eine Wandlung mit feierlichem, offenem Anschluß an die Kapitalisten. Dabei handelt es sich bei den sozialdemokratischen Führern um nichts Kleines. Diese fanden nämlich gegen die Arbeiter, 1918, 1920 und 1923 mit der Waffe in der Hand, Zeit verlorhen die Reformisten, ihre Zusammenarbeit mit den Kapitalisten theoretisch zu begründen. Vor einigen Jahren nahm ein Teil der Führer eine andere Haltung ein. Die Gewerkschaften nahen andere Beschlüsse. Die englischen Gewerkschaften beschloßen Zusammenarbeit mit Ausland, Bekämpfung der kolonialen Unterdrückung. Jetzt bewegt man sich dort einen neuen Kurs. Bei der jetzigen Zulassung der Lage und Gegenläufe schloßen sich die englischen Gewerkschaften fester mit der Bourgeoisie zusammen. Sie verließen die Arbeiter zu binden.

In Deutschland war und ist die Mehrheit der Gewerkschaftsführer immer rechts. Mit dem Vormarsch der deutschen Imperialisten betreiben die reformistischen Führer offen die Linie des Sozialimperialismus. 1922 nahmen sogenannte linke Gewerkschaftsführer noch Stellung gegen die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten. Auf dem damals tagenden II. Gewerkschaftskongreß traten die Zentralkomitees Simon und Blümann eine Entschiedenheit zum Abbruch der arbeitsgemeinschaftlichen Beziehungen ein. In dieser Entschiedenheit heißt es:

In der herrschenden Gesellschaftsordnung verfügt das Kapital auf Grund des Besitzes der Produktionsmittel neben der politischen auch über die wirtschaftliche Macht. Seine Überwindung ist nur möglich durch Führung des Klassenkampfes auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiet. Darum kann es keine Gemeinschaft der Interessen zwischen Kapital und Arbeit geben. Jede Berücksichtigung des Klassenkampfes ist ein Mißgeschick für den Gegner.

Es ist eine Illusion, anzunehmen, daß durch eine Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit irgendeine Förderung der wahren Interessen des Proletariats möglich wäre. Die ganze Geschichte der Klassenkämpfe lehrt, daß niemals eine herrschende Gesellschaft sich freiwillig und vollständig ihrer Macht begeben, um das Terrain ihrem Gegner zu überlassen.

Damals beschloß der Kongreß die Arbeitsgemeinschaft zu lösen. Trotz dieses Beschlusses wurde die Arbeitsgemeinschaftspolitik weitergeführt. Der Bundeskongreß, insbesondere der VII., vertraten die Linie der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten weiter. Die Opposition bei den sozialdemokratischen Führern, wie den „Linken“ in Sachsen, ist nur mehr zur Verschleierung dieser Politik da. Auf dem Dresdener Kongreß trat man schon klar für die Wirtschaftsdemokratie ein. Die weitere Fortsetzung der Organisations- für diese Linie wurde vorgegeben und mit Energie durchgeführt. Die Organe der Gewerkschaften wurden ausschließlich auf diese Linie abgestellt. In die Bestände der Gewerkschaften wurden bürgerliche Doktrinen als Berater herangezogen. So wurde die Arbeit für die Wirtschaftsdemokratie geführt. Der letzte Kongreß behielt dann die Falsch. So führt man die Arbeiter mit allen Mitteln auf den falschen Weg. Jede Woche wird den Arbeitern durch Arbeiter, durch 5-6 Millionen Zeitungen das Gift eingeträufelt, 6000 Anschläge werden ständig auf die Arbeiter losgeschleudert, um die reformistische Verbindung fortzuführen.

Gegen diese reformistische Front müssen wir den Gegenangriff entwickeln. Wir müssen unsere Kräfte vereinigen, um dieser Linie die des Klassenkampfes entgegenzusetzen.

Auf dem Gewerkschaftskongreß wurden die für die Arbeiter wichtigsten Fragen nicht berührt. Die Tagesfänge standen nicht zur Tagesordnung. Die Streiks wurden nicht behandelt. Dafür unterließ man sich über die Mitarbeit bei der Sozialberichterstattung über Bildungstagen. Im Vordergrund bei diesen Fragen stand aber die des Kampfes gegen die revolutionäre Opposition. Den Vorkampf gegen die, von den Gewerkschaftsführern willkürlich herbeigeführten Angriffe machte das Reichsbanner. Partei stellte die Ereignisse wissenschaftlich fest. Eine weite Handlung war die Ausweisung der kommunistischen Presse. Der Kampf der oppositionellen Mandate. Die revolutionären Arbeiter wurden herausgeworfen. Der Vertreter der Kapitalisten, Minister Curtius, konnte vor dem Kongreß reden. In seinem Bericht ging er nicht auf die Lage ein. Er behauptete, daß die Gewerkschaften auf dem Boden des Staates stehen. Er redete die alten Thesen von dem loyalen Inhalt, mit dem man den Staat erfüllen müsse. Dann kündete man

wieder den Kampf gegen die Feinde des Staates, das heißt gegen die revolutionären Arbeiter an. Ueber das Schlichtungswesen erklärte man, daß es ausgebaut werden solle. Wissen hatte ja noch auf dem Kongreß die Arbeiter und die Unternehmer aufgefordert, ihre Wünsche zum Schlichtungswesen einzuwickeln. Man will das Schlichtungswesen von der Regierung trennen. Es ist den Sozialdemokraten zu unbeneidlich, daß dauernd ihr Minister die Maßnahmen gegen die Arbeiter durchzuführen soll. Darum will man Ausschüsse mit der Entscheidung beauftragen, die zu ein Drittel von Regierungsvertretern, ein Drittel von Unternehmern und ein Drittel von Gewerkschaftsführern besteht. Da der ADGB-Kongreß sich mit den Tagesaufgaben der Arbeiter nicht beschäftigte, muß man das lassen was der Kongreß verurteilt. Der Kongreß nahm nicht Stellung zu den Lohnbewegungen. Man erklärte, das sei die Aufgabe der einzelnen Verbände. Aber viele haben auf ihren Leistungen dazu auch nicht Stellung genommen. Auf dem Kongreß konnte aber Curtius widerprüchliches erklären, daß die Arbeiter und Angestellten an dem wirtschaftlichen Aufschwung durch eine Erhöhung der Löhne und Gehälter Anteil genommen hätten. Im Jahresbericht des ADGB für 1922 muß man aber schreiben:

Im Jahre 1922 änderte sich die durchschnittliche Höhe der Tariflöhne nicht. Sie waren während des Jahres stehen geblieben. Tatsächlich war sogar ein leiser nicht mehr bemerkbarer Rückgang eingetreten, weil ein harter Abbau der überhöhten Löhne und der Überlöhne eintrat. Außerdem litten das Ansehen der Lebenshaltungskosten die Lohnaufschlag. Die Nationalisierungsmassnahmen, die wesentlich zur Verarmung der Arbeiterschaft beizutragen hatten nicht preislegend gewirkt.

Der Jahresbericht stellt also das Gegenteil von dem fest, was Curtius auf dem ADGB-Kongreß anführen konnte. Gleichwohl mußte aber die parteiartige Ausrichtung der Arbeiter festhalten. Der Generaldirektor der Preussischen Bahnen hat nämlich kurz vorher erklärt, daß die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters in der Nachkriegszeit um 30 Prozent angewachsen sei. Die Unternehmer aber haben reiche Gewinne erzielt. Das Kurantniveau der Gehälter liegt Es betrug:

| Jahresabschluss | Beschäftigte | Kapitalgewinn | Lohn und Gehälter | Produkt | Preisniveau |
|-----------------|--------------|---------------|-------------------|---------|-------------|
| 1924: | 110 | 90 | 81 | 95 | |
| 1925: | 102 | 89 | 89 | 89 | |
| 1926: | 116 | 103 | 110 | 107 | |
| 1927: | 163 | 155 | 157 | 159 | |

Im Gewinnen erzielten 510 Aktiengesellschaften:

| Jahresabschluss | 31. Dezember 1926 | 31. Dezember 1927 |
|-----------------|-------------------|-------------------|
| Rohgewinn | 11,3 Prozent | 19,1 Prozent |
| Reingewinn | 6,2 Prozent | 9,1 Prozent |
| Dividende | 4,6 Prozent | 7,2 Prozent |

Die Gewerkschaften haben die gute Konjunktur nicht genutzt. Sie haben um der Tarife willen jede Verschlechterung der Lage der Arbeiter hingenommen. Zwischenstaatliche Regelungen haben sie abgelehnt und bekämpft, wenn sie von den Arbeitern alsbald werden. Das sogenannte „Allgemeinwohl“ wurde gehalten, um die Bewegung abzuwehren. In seinem Bericht verurteilt der Bundeskongreß:

„Nicht immer war es leicht, der von den Kommunisten unausgesprochenen Bewegung Herr zu werden und auch die Mitglieder zu überzeugen, daß um der Verwirklichung dieser Ziele die Trennung von Verträge, auch unter Preisgabe einer durch die Verhältnisse gezeichneten Möglichkeit, die Löhne zu erhöhen, gemahnt werden mußte.“

So ist denn auch von einer Verbesserung der Löhne, von einer Verfürgung der Arbeitszeit nichts zu spüren. Nach einer

Schwere Gaskatastrophe in Hamburg

Hier Todesopfer
Hamburg, 29. September.
Auf dem Gelände der Gaswerke in der Rothenburg-Strasse hat sich am Sonnabend vormittag ein schwerer Unglück ereignet. Dort waren Tiefbauarbeiter damit beschäftigt, Kohre abzudichten, in die Grundwasser eingedrungen war. Vier Arbeiter, die in die Kohre getreten waren, gaben keinerlei Lebenszeichen mehr zu sich. Man alarmierte darauf die Feuerwehr. Vier mit Gasmasken versehene Beamte begaben sich sofort in die Kohre, mußten aber gleich darauf in bewußtlosen Zustand wieder herausgeholt werden. Inzwischen hatte man die Kohre an einigen Stellen aufgeschnitten, so daß man die vier verunglückten Arbeiter herausziehen konnte. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Bei den verunglückten Feuerwehrlenten besteht offenbar keine Lebensgefahr. Eine Untersuchung über die Art des tobdringenden Gases ist eingeleitet.

Statistik über die Dauer der Arbeitszeit, von der 67.000 Betriebe erfaßt und in denen 2.904.840 Arbeiter tätig sind, arbeiten 42,7 Prozent über 48 Stunden, davon 6,2 Prozent über 54 Stunden. Ausgedehnt auf alle Arbeiter ergibt das, daß 60 Prozent über 48 Stunden arbeiten, wo nämlich eine Million Erwerbslose vorhanden sind. Solchen Zustand kann man aber nur durch den Kampf gegen die Unternehmer abändern. Aber auch hiervon hörte man auf dem Kongreß kein Wort. Eine Bekämpfung der Praxis der Verbände zeigt denn auch, daß Kampfe nicht geführt werden. So fanden im Jahre 1922 nur zwei große Bewegungen statt. Die der mitteldeutschen Bergarbeiter und die Ausperrung der Tabakarbeiter. Sonst fanden nur kleinere und zerstückelte Bewegungen statt.

Die Haltung der Gewerkschaften wird durch folgende Tatsachen am besten gekennzeichnet: daß 1221 Streikbewegungen mit 321.675 Streikenden, 166 Ausperrungen mit 311.247 Ausgesperrten gegenüberstehen. Im Durchschnitt waren an einem Streik beteiligt 263, an einer Ausperrung 1875 Arbeiter. Gerade in den Industriezweigen, in denen in den letzten Jahren keine Kämpfe stattgefunden, beantworteten die Unternehmer die geringste aktive Bewegung mit brutalen Streiks. Von 37.164 an Streiks und Ausperrungen beteiligten Mitgliedern des Arbeitervereinsverbandes waren 43.975 Ausgesperrte. Von 92.636 kämpfenden Tabakarbeitern waren 60.308 Ausgesperrte, von 103.796 kämpfenden Textilarbeitern 88.544 Ausgesperrte. Der wirtschaftsrechtliche Kurs der Gewerkschaften fördert also ganz offensichtlich das Mißbehagen der Unternehmer.

Der Hamburger Kongreß aber lenkte die Gewerkschaften auf diese Falschheit.

Man will als Methode zur Erreichung der Wirtschaftsdemokratie, die man ihnen mit dem Sozialismus auf eine Stufe stellt, die Demokratie, den Stimmzettel verwenden. Die Kämpfe sollen ganz aus der Arbeiterbewegung verschwinden. Arbeitskämpfe hören die Unternehmer in ihrem Kaffeehaus.

Genosse Merker wies dann hin auf die Verminderung der Arbeitergehälter in den Monopolen, die trotzdem vorhandene Steigerung der Produktion. Die sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Parteiführer täuschen die Arbeiter mit der falschen Monopolkontrolle. Mit dem Stimmzettel soll der Staat erobert werden dieser Staat dann die Kontrolle führen.

Unsere Aufgabe ist es, den Massen zu zeigen, daß nur der Weg des Kampfes zum Siege führt. Keine handlichen oder falschen Kontrollrollen, sondern Kampf um kürzere Arbeitszeit und höheren Lohn.

Die Tatsachen zeigen, daß die Arbeiter bereit sind, zu kämpfen. Es fehlen dem deutschen Proletariat aber auch die Führer für seine Wirtschaftskämpfe. Wir müssen diese Führung übernehmen. Führung der Massen in den Kämpfen ist unsere Aufgabe jetzt. Diese Aufgabe steht unabhängig von dem Kampf um die Gewerkschaften. In den Gewerkschaften müssen wir den Kampf um die Positionen mit aller Entschiedenheit führen. Die Gewerkschaftsführer verkünnen ihre Angriffe gegen uns, wir müssen ebenfalls unsere Angriffe verstärken. Die Kämpfe sind es im Betrieb vorzubereiten, dort müssen wir die Massen gewinnen. Dabei darf es kein Verwischen der Gegensätze geben, keine Annäherung, sondern nur entschiedenes hartes Auftreten kann uns das Vertrauen der Massen gewinnen.

Diesem Keiserat schloß sich eine rege Diskussion an, die erneut bewies, daß die Funktionäre seit zu den Beschlüssen des 4. ADGB-Kongreß stehen. Die Diskussion zeigte aber auch die rege Tätigkeit in Betrieb und Gewerkschaft.

In seinem Schlußwort zeigte der Genosse Merker dann nochmals die Notwendigkeit einer harten Kampfführung, die Aufhebung der politischen Zusammenhänge mit den Wirtschaftskämpfen. Er verpländerte den Schwindel des „Konstruktions-Sozialismus“ und betonte nochmals die Notwendigkeit des „Klassenkampfes gerade gegen die die Arbeiter verleitenden „Linken“ SPD-Führer.

Zu dem schweren Eisenbahnunglück in Spanien

H. Paris. Ueber das schwere Eisenbahnunglück in Spanien wird ergänzend berichtet, daß bei dem Zusammenstoß die Lokomotive und ein Wagen der ersten Klasse fast völlig zerstört wurden. Nach amtlichen Mitteilungen sind 12 Tote und ums Leben gekommen und 12 schwer verletzt. Späteren Nachrichten zufolge soll die Zahl der Toten 15, die der Verwundeten 65 betragen. Von Cordoba gingen sofort nach Eintreffen der Nachricht von dem schweren Unfall Hilfszüge mit Verletzten, Sanitätsmaterial und Arbeitern ab. Der Direktor der Südbahn-Gesellschaft begab sich in einem Sonderzug von Madrid aus an die Unfallstätte.

Schwere Unwetter in Frankreich

H. Paris. Wie der Montag aus Paris meldet, ging in der Nacht zum Sonntag über Paris ein schweres Unwetter nieder, das große Überschwemmungen angerichtet hat. Auch aus den Alpen und Dauphine-Departement werden starke Stürme gemeldet. In der Stadt Briancon im Departement des Alpes sind sämtliche Verbindungen unterbrochen. Der Veroneseng Briancon-Cap ist eingestürzt. Im Gebiete von Cap sind die Flüsse über die Ufer getreten.

Otto Dix als Künstler

Die Lüge von der Freiheit der Kunst wird in der neuen Kunst nicht mehr verstanden. In der Kunst des Bürgertums und moralischer Kunst verfallener Epochen hat ein bedeutendes Bild „Ungleiches Liebespaar“ entfernt. Verschweigte „Seelen“ trübten sich in ihren Vorstellungsvermögen. Das ist in der sozialistischen Republik Deutschland möglich, wie es im wilhelminischen Deutschland möglich war. In der für die Ausstellung hängt ein Schildchen, wie vor einem geliebten Kind: „Jugendlichen unter 18 Jahren ist der Eintritt verboten!“ So behandelt die Bourgeoisie die Arbeiterkinder. In der „Freiesten aller Republiken“.

Otto Dix ist, obwohl Kind proletarischer Eltern (der Vater ist Eisenarbeiter und hat in der sozialistischen Bewegung eine große Rolle gespielt) noch nicht einmal bewakter Klassenkämpfer, wenn auch Rebel. Es besteht bei ihm immer die Gefahr der Verbürgerlichung im Persönlichen, wie auch Künstlerischen. Die Wahl seiner Stoffe ist nicht immer Klassenkämpferisch bedingt. Wo er aber Klassenkämpferisch ist, zeigt er Bedeutsames. So bronzert Dix mit einem „Streik der Jungen“, Kinderleid und Ausbeutung charakteristisch. Das Bild, eine auch moralisch ganz hervorragende Arbeit, ist leider sehr ungenügend gehängt. Das bedeutendste Bild ist das große Gemälde „Straßenkampf“. Es zeigt zwar nicht an die von Dix geschaffene „Barrikade“ heran, die man 1919 in Dresden sah, es ist auch nicht zu vergleichen mit den großen Kriegsbildern des Meisters, aber es zeigt hortsprechend die brutale Gewaltanwendung besetzter Polizeibehörden der bürgerlichen Klasse gegen proletarische Frauen und Kinder des Proletariats. Auf Einzelheiten wird hierbei nicht immer Rücksicht genommen. Verzeichnungen, gewollte Verpersönlichungen, Häufung des Grauens, die sich beinahe selbst wieder löst. Aber der geschlossene Eindruck des Ganzen ist zwingend. Die Lösung der Schwierigkeiten im Bildbau hat meisterhaft. Die hochgehobene Fülle der niedergedrückten Masse sind brutale Wirklichkeit. Dann die Vorderbühnen, in denen zum Ausdruck gebracht ist und gebrochen wird das Gend der Vorderbühnen,

der verlogene Hassentisch bourgeoiser Begriffe von Ehe und Liebe und Geschlechtlichkeit — Offenheit und Ehrlichkeit, oft bis zur Grenze verzerren, zeichnen Dix aus. Seine Eltern zu malen, wie er sie malt — Proletarierinnen mit zerarbeiteten Händen und Gesichtern — dazu gehört Blut, welches Vater zeigte sonst außer ihm kein Kind in der ganzen Häufigkeit des Neugeborenen.

Von der Beherrschung des Handwerkslichen braucht kaum die Rede zu sein. Sie ist geknüpft an der Walmelle alter Meister. Die Malerei in der Manier des Holländers Rubens, beim „Streik der Jungen“ hellblauemalerei Rembrandts. Verpländerte Ebnatist, wenn er hinter einer liegenden Dime auf einem Tigerfuß ein Abzetter komponiert, tells Götter, tells Ameisenhäufel, tells Luchs und teils von allen. Neben einem halbverwelkten Koffelkopf lekt er sinnlich glühende Blumen. Einzig aus Freude am Stoff, am handwerklichen. Er bringt es in der gelungeneren Natur einer Kommode zum Ausdruck, in der Detailmalerei an einem Teufel, in den gewollten Falten eines Hemdes, in dem als Stoff mit Stoff behandelten Jackett des Kunsthändlers Alchheim, den er porträtiert. Dies interessiert Spezialisten.

Aber man muß allen Arbeitern den Besuch dieser Ausstellung in der neuen Kunst fides auf der Straße bringen empfehlen. Die Reaktion des Bürgertums auf diese Bilder beweist am deutlichsten und unerschütterlich die Lüge von der Totalität der Kunst. Denn gäbe es das wirklich, warum dann der erbitterte Kampf gegen künstlerische Neuerungen aus dem Winkel eines Dix, aus der Feder eines Sinclair? Dix muß auch diese Lüge der Bourgeoisie zurück. Deshalb verdient seine Arbeit, von Proletariaten gesehen und gemündigt zu werden.

Galerie Neue Kunst fides, Straßburger. 6. Letzte Woche Sonderausstellung der neuen Gemälde und Skulpturen von Otto Dix.

Drei Taktisch-Abende veranstaltet Media Sines in der Galerie Neue Kunst fides. Die Künstlerin wird die drei Erzählungen „Der Tod des Jovan Tzitsch“, „Polifuchs“ und

„Herr und Knecht“ zum Vortrag bringen. Der erste Abend findet Dienstag, den 9. Oktober statt. — Der zweite werden empfohlen.

Staatliches Kunstgewerbemuseum. Im Winterhalbjahr (Oktober-Dezember) wird Dr. Baizer im Vortragsablauf der Staatlichen Akademie für Kunstgewerbe zehn Bildvorträge über das Thema: „Dürer und Rubens. Formprobleme der Renaissance im Norden“ halten (Dienstag nachmittags 16.30 Uhr). Beginn Dienstag den 16. Oktober. Teilnehmertarten für Nichtangehörige der Akademie im Sekretariat (2. Stof).

Ueber Meister der Graphik von Dürer bis Manet spricht Dr. Baizer an den Freitagsabenden des Winterhalbjahres im Vortragsablauf der Kunstgewerbemuseum (Eintritt 34. 2. St.). Die Vorträge (mit Bildbeispielen) sind insbes für Angehörige der graphischen Berufs- und für Jugendliche bestimmt. Beginn Freitag, den 12. Oktober, 19.30 Uhr. Karten zum Preise von 2.25 Mark (für Nichtmitglieder 4.50 Mark) durch die Volkshochschule, Dresden II, Marienstr. 17. 1. St.

Der Dresdener Buchdrucker-Gesangerverein veranstaltet am Sonnabend dem 6. Oktober, im Vereinshaus, Ringelstraße, einen vierten Schubert-Abend. Mitwirkung: Agnes Lenbach, Berlin (Sopran) und Richard Hofmann (Tenor). Der vierte Schubert-Abend soll zugleich eine Ehrung des Meisters zu seinem 100. Todestage sein.

Montag, 8. Oktober, 7.30 Uhr im Palmengarten. Konzert vom Frauen-Verein Trio (Paul Bron, Franziska Koene, Karl Heise). Geleitet werden Reger E-Moll op. 102, Beethoven O-Dur op. 1 Nr. 2, Bizet A-Dur.

Donnerstag den 11. Oktober, 7.30 Uhr im Palmengarten. Konzert Emil von Sauer. Programm: Haydn Variationen; F. Rell, Sauer 1. Sonate D-Dur, Schumann Nantate op. 17, Chopin Bolero, Nocturne, Etüde, Walzer, Sauer Etüde caprice, Epenlaub, Schubert-Lulu Trauermarsch, Fettermarisch.

Die Striegler-Vereinigung für Kammermusik (Kurt Striegler, Joh. Striegler, Dölebau, Geier, Jense) veranstaltet am 11. Oktober, 6. Dezember, 17. Januar und 7. März, 7.30 Uhr im Vereinshaus 4 Kammermusik-Abende.

Gemälde-Karten durch J. Ries, Sectr. 21.



Aus Dittschfen



„Sozialisten“?

oder die Kleinbürger von der Gartenstraße

Die Pirnaer Volkszeitung vom Freitag bringt u. a. folgenden Bericht, den wir, weil er trotz der bürgerlichen Verzerrung dieser Seite Sozialisten aufzeigt, veröffentlichen:

„Aus dem Gerichtssaal. Wie Rechtswort auf die soziale Ebene drängt und wie damit die Gerichte unnötig belastet werden, zeigte die gestrige Schöffengerichtssitzung. Meist jüngere Personen, die teilweise schon recht oft rückfällig waren, „grieten“ die Anklagedank. Nicht immer war die Not ausschlaggebend. Dummheit und lieberlicher Lebenswandel waren meist die Ursache. Keine Sucht zum Stehlen und um die gestohlenen Gegenstände an die Braut zu verschleusen, führten dann auch zu Urkundenfälschungen, Unterschlagungen, und so ging es weiter (von uns jetzt gedruckt — D. H.), bis jeglicher Halt fehlte und eine längere Freiheitsstrafe folgte. — Provisionsreisende waren angeklagt, die mit einem blauen Auge davorkamen, nur weil wegen Vernachlässigung von Aufnahmeleistungen für eine Zeitschriftenlieferung die Sache nicht zu klären war. Ein junger Mann war angeklagt, weil er eine amtliche Urkunde zu seinem Nutzen gefälscht hatte. Es blieb beim Versuch. In welche Gefahr er sich begeben hatte, wird ihm hoffentlich später noch klar werden. Für diesmal kam er noch mit einer Bewährungsstrafe davon. Schulfrauen, Eltern und Erziehler erwacht hieraus die Pflicht, nicht in der Auffassung zu erlahmen und die jungen Leute auf die Gefahren, die ihnen drohen, aufmerksam zu machen. Dieses Ziel mit erreichen zu helfen, sollen auch diese Zeilen dienen.“

Also, nun weißt du es, lieber Leser! Dummheit und lieberlicher Lebenswandel sind die Ursache dafür, daß junge, in den meisten Fällen oft vorbestrafte Menschen Verbrecher wurden. Wie wird sich der Pirnaer Amtsrichter ob dieser Einsicht der „offen Realpolitiker“ freuen! Wahrhaftig, verlogener kann selbst das konservative Blatt nicht schreiben. Vollständig unbekannt scheint dem Ableger von der Bettendorferstraße zu sein, welche furchtbare Wirkung Erwerbslosigkeit und Wohnungsnot auf die Kriminalität haben. Selbst bürgerliche Blätter mußten dies hundertmal feststellen, der unser „Sozialist“ von der Gartenstraße behauptet: Dummheit und lieberlicher Lebenswandel... Dabei sei ganz unberührt, daß auch vereinzelt solche Fälle vorkommen, diese aber können mit „Wahnungen an die Eltern“ wohl kaum beseitigt werden. Dabei dürften diese Fälle fast ausnahmslos Leute aus bürgerlichen Kreisen betreffen.

Wahrhaftig, die „Sachkenntnis“ und „sozialistische Kritik“ an den Begleiterscheinungen des kapitalistischen Systems sind eine Glanzleistung „sozialistischer“ Journalisten.

Ein „menschenfreundlicher“ Herr

Ist der Mitinhaber der Firma Otto u. Schloffer, Herr Eberlein aus Reichen, unmittelbar nach seiner Entlassung aus der Klinik fragte Anfang August bei der Firma ein kurz nach seiner Verzeihung (die er bei der Firma benötigte) auf einem Reubau, den die Firma am Kleinmarkt ausführt, verunglückter Maurer wieder nach Arbeit vor. Da das Unglück auf das Verschulden der Firma zurückzuführen war (die Unfallstelle, eine Kellertreppenaussparung an völlig finsterner Stelle, war weder abgedeckt noch mit einer Brüstung umgeben), fühlte sich die Firma damals vielleicht etwas moralisch verpflichtet, den Maurer irgendwie im Betrieb unterzubringen. Man ließ ihn, da er auf Grund des Unfalles seinem Beruf nicht mehr nachgehen konnte, leichtere Bureauarbeiten verrichten. Auf Grund einer Funktionsaufklärung des kommunikativen Jugendverbandes wurde dem Verunglückten Gelegenheit geboten, eine Schwedische Reize nach der Sonjettunion anzutreten. Als er aus Grünland seines weiteren Beschäftigung nach der Reize Herrn Eberlein davon in Kenntnis setzte, erklärte ihm dieser, daß er nichts dagegen habe und ihn nach Beendigung der Reize wieder einstellen würde.

Als aber vorige Woche der Verunglückte wieder bei der Firma vorprahl, erklärte Herr Eberlein fallblütig, eine Wiedereinstellung käme nicht mehr in Frage, da „keine passende Arbeit mehr vorhanden sei“. Daraus konnte auch das Versprechen, das er ihm vor der Reize gab, nichts ändern! Darauf erklärte der Maurer, daß der eigentliche Grund für seine Entlassung seine kommunikativen Schwächen sei; dies gab schließlich Herr Eberlein in zynischer Weise zu und erklärte, daß er damit recht habe; denn schließlich könne er (Herr Eberlein), wenn er ihn wieder einstellen, gewärtig sein, daß er nach vier Wochen den Schädel eingeschlagen bekomme. (!) Hebrigens könne man mit der Arbeitlosenunterstützung und der Reize, die der Verunglückte bezieht, sehr gut auskommen, „er hätte früher als junger Mensch auch nicht mehr gehabt“.

Das also ist das wahre Gesicht des Herrn Eberlein. Erst darf der Arbeiter seine Knochen für derartige Herren zu Markte tragen, um dann dafür auf die Straße gesetzt und obendrein noch verhöhnt zu werden. Arbeiter, merkt euch diese Herren!

Hunger und Elend verderben uns alle —

Kein Geld für Kinderspeisungen — Mietwucher statt Wohnungsbau — Rentenfürzung für Kriegs- und Arbeitsopfer — Erwerbslosenbetreuung durch Erwerbslosenfürsorge —

Aber 80000000 Mk. für den ersten Panzerkreuzer 500 Millionen für das neue Geschwader!

Während der ganzen Auseinandersetzungen hatte sich der Herr Eberlein seinen Protokollen mit hinzugezogen, auch hatte er die Tür, die aus seinem Privatzimmer nach dem Kontor führt, scheinbar absichtlich offengelassen, was seiner launigen Gewohnheit bei Verhandlungen nicht entsprach. Sehr vorsichtig, um keine persönliche Sicherheit ziemlich besorgt, einmal kommt die Zeit, wo es Ihnen, Herr Eberlein, schwerfallen dürfte, mit Arbeitern in dieser Weise, wie Sie das jetzt noch können, umzuspringen! Noch können Sie mit einem zufriedenen Lächeln auf den Lippen behaupten, das Privileg in der Führung der Wirtschaft gebühre nur Ihrer Klasse, worum sich die Arbeitervertreter in den Parlamenten nach Ihrer Meinung nicht im geringsten zu kümmern hätten. Doch bald werden Ihnen die deutschen Arbeiter zeigen, daß auch bei uns die Arbeiterschaft sehr gut imstande ist, ohne Sie und Ihre Klasse die Wirtschaft im Interesse des arbeitenden Volkes zu führen.

Tolstoi Gedächtnisfeier

Dienstag, den 2. Oktober 1928, 20 Uhr, im Parktheater, Leubusstraße 11

Bela Balacz spricht Otto Bernstein liest

Russische Leseschule, Maxim Gorki / Soz. Studentenf. Internat. Frauenliga für Frieden u. Freiheit

Junf. reunde von Freitag

Der Sommer ist vorbei, für den Rundfunkhörer die schlechte Zeit vorüber, das Krachen und Brüllen nimmt ein Ende. Die Junf. reunde hinhören und experimentieren wieder an ihren Apparaten, und machen dadurch mitunter anderen das Hören durch unangenehme Bedenken des Apparates unmöglich. Um diese Bedenken zu vermeiden, bietet auch der Arbeiter-Radio-Klub, Ortsgruppe Freitag, Gelegenheit, sich mit der Radiotechnik vertraut zu machen und für wenig Geld sich ein hochwertiges Gerät zu bauen.

Junf. reunde von Freitag! Organisiert euch im Arbeiter-Radio-Klub und behaltet unsere Festschuld, die jeden Dienstag um 20 Uhr im Gallohof zum Steiger stattfindet. — Dienstag den 2. Oktober beginnt der Bau eines hochwertigen Gerätes. Wir geben an jedem Vereinsabend unentgeltlich Rat und Auskunft, auch an Nichtmitglieder.

Die SPD Brodth-Grönewitz und der Volksentscheid

Schon des öfteren haben die hiesigen SPD-Strategen behauptet, daß sie sich als „Ante“ dropierten, aber in ihrer Politik sich nicht nur nicht von der Politik der Rechten unterscheiden, sondern auch immer daselbst tun, wie ihre Koalitionspartner im Reich. Beim Bekanntwerden des Panzerkreuzerbeschlusses ihrer vier Koalitionspartner-Gesellen verfielen auch unsere Gelben von der SPD in radikale Klänge, um die rebellierenderen SPD-Arbeiter bei der Sprache zu halten. Die kommunikativen Partei-Produktions-Grönewitz hatte an die SPD eine Einladung gerichtet zwecks gemeinsamer Sitzung zur Bildung eines Einheitskomitees gegen Panzerkreuzer, für Volksentscheid. Dies wurde lachend abgelehnt. Wir haben diesen Herren Gelegenheit gegeben, zu beweisen, daß sie gewillt sind, die Vorprüfungen, die sie ihren Wählern bei der Reichstagswahl gemacht haben, zu halten. Doch genau so wie ihre großen Brüder, haben eben auch diese linken Heiden der SPD ihre Wähler offensichtlich belogen und betrogen. Da nun sämtliche Arbeiterorganisationen am Orte in ihren führenden Stellen SPD-Vertreter haben, ist es selbstverständlich, daß auch diese, alle Redings mit schwacher Mehrheit, eine Forderung abgelehnt haben. Wir wollen hier nicht weiter darauf eingehen. Nur noch bemerkenswert ist das Verhalten der Leitung der Arbeiter-Kabfahrer-Vereine, die erklärte, daß ihr laut Bundesstatut verboten sei, Politik zu betreiben (d. h. in diesem Falle). Anders dagegen dachten diese Deutschen zur Reichstagswahl, wo man am Tage der Wahl die Sozialmaschinen zu einem Propaganda-Auto der SPD zusammenbaute, und beim größten Sauwetter Propaganda fuhr. Damals konnte man es sich ja leisten, Politik zu treiben. Aber wenn die SPD mit einem Scheitern an diese Gesellen herantritt, hält man es nicht einmal für notwendig zu antworten. Die Mitglieder des SPD werden gegen eine solche einseitige Rolle höchstens protestieren, denn es sind nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Kommunisten aktive Mitglieder des Vereins. Nun gemacht, ihr Herren von der SPD! Ihr habt abgelehnt, den Bau des Panzerkreuzers zu verhindern. Wir werden den Volksentscheid auch ohne euch durchzuführen, denn die Industrieproleten von Brodth-Grönewitz erkennen immer mehr euer doppeltes Gesicht und ihr könnt sie nicht daran hindern. Je mehr ihr den Volksentscheid bekämpft, desto mehr wird die Arbeiterschaft eure verräterische Rolle, die ihr nun schon jahrelang in der Arbeiterbewegung führt, erkennen. Heute und morgen vermögt ihr nach Teile der Arbeiterschaft zu betrügen, aber nicht mehr lange, und ihr habt ausgespielt; Der Arbeiterschaft von Brodth-Grönewitz aber ruft wir zu: Nun erst recht zum Volksentscheid! Zeigt, daß ihr nicht gewillt seid, euch länger von diesen Panzerkreuzer-Sozialisten nachführen zu lassen! Heraus zum Volksbegehren, nehmet euch ein in den amtlich ausgelegten Listen in der Zeit vom 3. bis 16. Oktober! Zeichnet auf die behördlich genehmigten Sammellisten für den Volksentscheid gegen Panzerkreuzer!

Dessa. (Gruppenleiterfest der Arbeitertur-ner.) Vom Wetter nicht gerade begünstigt, demonstrierten am vergangenen Sonntag die freien Turner mit ihren Jungturn-Abteilungen für die Idee der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung. Gegen 14 Uhr bewegte sich ein Festzug von 200 Teilnehmern (für die Gruppe eine recht beträchtliche Zahl) durch den Ort. Zu demängeln sei hier, daß die erwachsenen Genossen, die sich am Festzug beteiligten mit brennender Zigarre und Spazierstock marschieren durften. Es nimmt in diesem Falle

Schlechte Schulverhältnisse

Ottendorf-Okrilla. Schon seit Jahren sind die Schulverhältnisse der hiesigen Volksschule unzulänglich und unhygienisch. Lehrerhaft und Gemeindevertretung haben wiederholt die bestehenden Mängel erörtert. In der Schulausschussung vom 25. 9. wurde über die bisher geleistete Arbeit berichtet. Es sind mindestens 12 Zimmer erforderlich, die als Teilbau der geplanten Zentralschule vorläufig gebaut werden sollen. Vom Ministerium für Volksbildung sind eine Beihilfe und ein Darlehen in Aussicht gestellt. Man hofft, daß die weiteren Verhandlungen zur baldigen Verwirklichung des Vorhabens führen. — Anschließend sprach Herr Schulrat Dr. med. Förster über die Notwendigkeit orthopädischer Turnkurse. 19 Prozent der bisher von ihm unterrichteten Kinder haben Haltungsefehler. Es wäre erwünscht, wenn ein zweiter orthopädischer Kursus in hiesiger Gemeinde abgehalten werden könnte.

Freiberg. Die hiesige Ortsgruppe des Deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes hielt am 15. September einen gut besuchten Vortragsabend ab. Genosse Dieck, Leipzig, sprach über die richtige Ernährung des Menschen. An Hand vieler interessanter Lichtbilder machte er seinen Zuhörern leicht verständlich, daß das Fleisch in der menschlichen Ernährung nur eine untergeordnete Rolle spielt, daß aber die Rohkost infolge ihres höheren Kaloriengehaltes für die Gesunderhaltung und das Wohlbefinden unseres Körpers von besonderem Werte ist. Er streifte in kürzeren Ausführungen auch die Krankheiten, die durch falsche Ernährung entstehen. Gedicht- und Gesangsvorträge in bunter Abwechslung gaben dem wohlgesungenen Vortragsabend einen schönen Ausklang. — Die Freiburger Arbeiter-Abstinenzisten hatten jeden Sonnabend 20 Uhr, im Heim unter der Turnhalle, Lange Straße, ihre Sitzung ab. Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter, Arbeiterinnen, ihr alle seid uns willkommen. Tretet ein in die Reihen der Abstinenzisten und behaltet einen klaren Kopf für den Endkampf, für die endgültige Beseitigung von dem schmerzlichen Joch, das uns im Rücken sitzt.

Neugersdorf. In einer am 18. 9. stattgefundenen Zusammenkunft der Vorstandmitglieder des Hausbesitzer- und Mietervereines zu Neugersdorf, in der die Umlegung der Anlagekosten für die Wasserleitungseinrichtungen im Hausbesitz behandelt wurde, ist folgender Beschluß gefaßt worden: Dem Hausbesitzer ist für die allgemeinen Anlagekosten der Einrichtungsarbeiten eine insgesamt 10prozentige jährliche Verzinsung und Tilgung dieser Kosten nach dem Verhältnis der festgestellten Mietanteile nach dem Mieter beizutragen. Beide Vereinigungen empfehlen ihren Mitgliedern diese Forderung, die nach einer eingehenden Aussprache und Prüfung der Verhältnisse zustande gekommen sind, anzuwenden.

Vom Schlachtfeld der Arbeit

Reichenau. Ein sehr schwerer Unfallsfall ereignete sich am vergangenen Donnerstag, dem 27. Oktober, in dem Betriebe der Firma Wagner & Co. Der in der Fabrik beschäftigte Arbeiter H. Kuchmann geriet in eine in Gang befindliche Maschine. Nach Anlegen eines Rotverbandes durch den sofort herbeigerufenen Arzt, Dr. Ebeling, wurde der Verwundete mittels Krankenautos dem Stadtkrankenhaus Jitta zugeführt.

zweifellos dem Festzug das richtige Gepräge. Nach Aufkündigung des Festzuges im Oberen Gallohof erhielt jedes Kind einen Topf Kaffee; den Topf konnte jedes Kind als Andenken mit nach Hause nehmen, außerdem erhielt jedes Kind im Laufe des Nachmittags ein Würstchen mit Semmel, eine Flasche Milch und ein Lampion. Vor den Augen der Eltern entwickelte sich nun auf dem herrlich gelegenen Gelände bei gesunder frischer Waldluft ein recht sportliches Treiben. Kränkungen, Sing-, Red- und Wettspiele folgten aufeinander. Eine Lust war es, die Jungen und Mädchen zu beobachten, wie sie als jüngstes Glied der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung der Volkstlichkeit zeigten, welche gesunder, dem Zweck entsprechender Sport in unseren Reihen betrieben wird. Während die Kinder sich auf dem Spielplan tummelten, sorgte der Gruppenleitermannschaft für die nötige musikalische Unterhaltung. Bei eintretender Dunkelheit rückte dann die Gruppe mit brennenden Lampions geschlossen in ihre Standorte zurück, mit dem Bewußtsein, mit dieser Veranstaltung werbend gewirkt und neue Anhänger für die proletarische Turn- und Sportbewegung gefunden zu haben.

In Moritzburg steigt der Herbst jetzt besonders schöne Bilder. Im Waldpark „legten“ die Rotbrüche und das Dammbild, d. h. sie schneuten den alten „Baj“ ab und trugen nun ein schmuckes neues Geweih. Ein Gang nach Moritzburg bringt Freude.

Werktätige Deutschlands!

Hört unseren Ruf, ehe es zu spät ist:

Gegen die Feinde ruft mahndend die Not!

Mobilisiert zum Volksentscheid! Zeichnet auf Sammellisten!

Setzt euren Namen unter das Volksbegehren vom 3. bis 16. Oktober

KORSO



58

Die neue Sensation.

Wer vom Panzerkreuzer spricht — wird ausgeschlossen

In diesen Tagen werden alle Proletarier wachgetrommelt, um sich am Volksbegehren gegen Panzerkreuzerbau zu beteiligen. Im Betriebe und in Gewerkschaftsversammlungen wird über diese Frage diskutiert. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die großen Teils Reichstagsabgeordnete und somit direkte Mitschuldige an diesem öffentlichen Verstoß an den Arbeiterinteressen sind, versuchen durch organisatorische Maßnahmen jede Stellungnahme der Arbeiter zu verhindern. Wie schnell diese Leute das vergessen, was sie vor wenigen Monaten geschrieben und versprochen haben, zeigt sich besonders im Deutschen Fabrikarbeiterverband. Am 12. Mai waren zwei Drittel des „Proletariats“ ausgefüllt mit der Wahlpropaganda für die SPD. In einem Kästen heißt es: „Darum wähle ich diesmal die Partei, die mir mein Verstand als die richtige bezeichnet. Das ist die Sozialdemokratische Partei, die kein Geld für Panzerkreuzer und ähnliche Spielzeuge ausgeben will.“ Auch die nächste Nummer am 19. Mai, hergestellt von den Mitgliedsbeiträgen, kann man als eine Wahlleitung für die SPD bezeichnen. Wieder ist der Panzerkreuzer das Hauptmittel der Agitation. Es heißt: „Ohne viel zu reden, werden Millionen für Panzerkreuzer hinausgeworfen. Können wir uns den Luxus eines solchen Spielzeuges erlauben? Wir behaupten, die Millionen, angewendet für die Sozialreformer, für arme, unterernährte Kinder, für Witwen und Waisen, oder zum Bau von Wohnungen — soll in diesem Sinne die Zukunftspolitik gemacht werden, dann müssen alle Arbeitnehmer sozialdemokratisch wählen.“ Solche und ähnliche Pläne sind fast auf jeder Seite zu finden. Wenige Wochen später bewilligte dieselbe SPD den Panzerkreuzer. Die Führer der Gewerkschaften, die Frau G. G. G. und andere, kamen sie Reichstagsabgeordnete sind, werden diesen Bau. Vergeblich wird man in der Gewerkschaftsprelle eine Zeile der Mißbilligung suchen. Im Gegenteil. Jetzt wird jeder Gewerkschaftler, der sich mit dieser Frage beschäftigt, mit Ausschluß aus dem Verband bedroht. Am 1. September heißt es im „Proletarier“:

„In den Versammlungen sollen die kommunistischen Panzerkreuzer alle, die nicht SPD-Mitglieder sind, mit Dreck besudeln... über die schon fertigen Resolutionen gar nicht abgehandelt werden kann, weil das ein Verstoß gegen das Verbandsstatut wäre. Panzerkreuzertragen sind in Parteiverfassungen zu erledigen, aber nicht in Gewerkschaftsversammlungen.“

Die Berliner Ortsverwaltung des Fabrikarbeiterverbandes hat, seitdem Knecht dieses Panzerkreuzerbewilligers Frau, dann noch einen Klaf erlassen, durch den es den Versammlungsleiter zu verbieten wird, über Entschuldigungen, in denen das Wort „Panzerkreuzer“ vorkommt, abstimmen zu lassen.

Der einigen Wochen übten sie sich noch im Maulaufreißen gegen den Panzerkreuzer. Jetzt versuchen sie, im Eile wilkühmlicher Unteroffiziere, den Mitgliedern den Mund zu verketten, wenn diese auf den unlosbaren Widerspruch der „Proletarier“-Klaffe gegen Panzerkreuzer und keine Bewilligung, die jetzt stattfand, hinweisen. Wenn die Arbeiter sich nicht zu klammern küssen der sozialdemokratischen Beraterinnen berabwürgen lassen wollen, so müssen sie gerade jetzt in allen Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen an Hand dieses unüberwindlichen Materials nachweisen, daß sie in diesen Kreisen kein Vertrauen haben und alle Kräfte anstrengen, um die Gewerkschaften von den Panzerkreuzerführern zu befreien und dem Volksentscheid zum Erfolg zu verhelfen.

Die proletarische Einheitsfront für Volksentscheid

In Würzburg am Niederrhein wurde am vergangenen Freitag ein Einheitskomitee für den Volksentscheid gegründet, dem u. a. angehören: KPD, KAPD, Christlich-Soziale Reichspartei, Turn- und Spielvereinigung.

In Eisleben wurde ein Einheitskomitee gegründet, dem u. a. angehören: Turnverein Ludwig Jahn, Freidenker, Zentral-

verband der Arbeitsinvaliden und die Betriebszellen Krughütte und Wolfshäcker.

In Geroberg gehören dem Volksentscheidkomitee an u. a.: Ortsausschuß des ADGB, Sport- und Kulturfachklub, Freie Sänger, Freidenker, Freie Turnvereine, Radfahrerverein Arbeiter-Samariterbund, Verein für Sexualhygiene und Lebensreform, Fabrikarbeiterverband und die Betriebsräte der Firma G. Klemann, Hugo Eger, Glashütte Juch u. Co.



In Oslas beteiligen sich am Volksentscheid: Das Arbeiter-Sportklub, Allgemeiner Konsumverein „Jugend“, alle Turn-, Sport- und Geländevereine, die dem Sport- und Bildungsausschuß angegeschlossen sind, die Freie Schulgenossenschaft und die Freidenker.

Die KPD der Volkshochschule Völkchen, die Volkshochschule Immigrath, die Freie Turngemeinde Nibrodth-Neusath, die Rosen-Radler Völkchen, die proletarischen Freidenker, die KPD und eine Reihe anderer proletarischer Organisationen. Beschlossen wurde ein Aufruf an die Arbeiterschaft für den Volksentscheid.

Für den Volksentscheid nahmen ferner Stellung: Der Arbeiterabfahrtsverband Solidarität Rensau in Bayern, die Betriebskommission der Drahtwerke Edelstedt G. m. b. H. und eine Betriebsversammlung der Firma Oskar Penius in Hamburg, die Zimmerer der Holzstelle Kölln und Umgebung, die Freidenker der Hundshölzchen in Kölln, die Freidenker von Mühlheim-Süd, der Arbeitergesangverein Freiheit, Solingen-Wangenberg, eine Halbjahres-Versammlung der Freien Schulgenossenschaft Solingen der Bund der Kinderreichen Ortsgruppe Solingen, die Arbeiter des Siegen-Solinger Gewerkschafts, der Arbeiter-Schachklub Ortsgruppe Solingen, der Freie Turnverein „Vorwärts“ in Merien.

Die Freidenker in Holzmühl, die Naturfreunde in Ennsdorf bei Leipzig, der Nieterverein Waren i. Sa., die Holzarbeiter-Jugendleitung in Breslau.

Das Landeskomitee Württemberg gegen Panzerkreuzer und Kriegsschiffverfertigung einen Aufruf zum Volksbegehren. Dem Landeskomitee gehören außer der KPD und dem KAPD u. a. an: Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Christlich-Soziale Reichspartei, Arbeiter-Sport- und Kulturfachklub, Groß-Stuttgart, der Verband für Freidenkertum, die Gewerkschaft proletarischer Freidenker und der Arbeiter-Esperanto-Bund Groß-Stuttgart.

Die Hamburger Hochbahner vorm Streik

In der Lohnbewegung der Hoch- und Straßenbahner wurde von der Schlichterkammer unter dem Vorsitz des Schlichters Eitel der Vorstoß gemacht, für 6 Monate 4 Pf. und weitere 6 Monate 2 Pf. Lohnzulage zu gewähren. Die Vertreter des Betriebsverbandes haben angesichts dieses Vorstoßes die Verhandlungen verlassen. Die Abstimmung über den Streik wird erfolgen.

Brutale Machtpolitik bei der Fa. Hartwig & Vogel

(Arbeiterkorrespondenz)

In der Handwerkerabteilung der obengenannten Firma eignete sich vor kurzem ein Vorgang, der für die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer den Arbeitern gegenüber wieder einmal ein hervorragendes Beispiel bietet. Ein Schlosser, Familienvater von drei Kindern, der schon seit etwa sieben Jahren bei der Firma beschäftigt ist, wurde durch den Leiter der Handwerkerabteilung, den Ingenieur Müller, kurzerhand auf die Straße geworfen. Ueberhaupt scheinen die Machthaber dieser Abteilung, wie das vorgenannte Beispiel beweist, sehr weitgehende zu sein. Die Entlassungsgründe waren geradezu klaglicher Art und müßten als „an den Haaren herbeigezogen“ bezeichnet werden. Wiederholte Versuche des Betriebsrates wegen dieser völlig ungerechtfertigten Entlassung, mit dem Direktor Müller Vogel selbst zu verhandeln, blieben ohne Erfolg. Auch bei den zweimal angelegten Betriebsratsungen blieb der Direktor Vogel trotz Einladung fern. Die Rücksichtslosigkeit der Machthaber wird noch besonders dadurch unterstrichen, daß in diesem Falle nicht etwa Arbeitsmangel die Begründung für den entschlossenen Hinauswurf eines Familienvaters gelten kann, — es wurden nämlich zur Zeit der Kündigung zwei Aushilfsschlosser beschäftigt. Der Betriebsrat, der alles tut, um die Interessen des Kollegen zu vertreten, sah sich nun veranlaßt, die Sache dem Arbeitsgericht zu übergeben. Bei der Verhandlung erklärte sich die Firma bereit, dem Kläger eine Abfindung von 150 Mark zu zahlen. Was macht das auch dieser noblen Firma aus, wenn es darauf ankommt, ihre Willkürpolitik den Arbeitern gegenüber durchzusetzen? Zur Wahrung des „Herr-im-Haule-Standpunktes“ und der Unternehmerprinzipien haben die Kapitalisten immer genügend Geld zur Verfügung. Hier gilt es ja, das Prestige zu wahren. Was braucht man sich um den Arbeiter zu kümmern, der nun mit den Hungergepflegten der Erwerbslosenunterstützung keine fünfköpfige Familie ernähren soll!

Die Lehre für die Arbeiter bei Hartwig u. Vogel, die aus dem Vorfall gezogen werden muß, ist die: Alle Versuche, dem Klassenkampf der Arbeiter mit dem Unternehmensrat, der auch in diesem kleinen Vorfall seinen Ausdruck findet, auf dem Wege der Wirtschaftsdemokratie, der Arbeitsgemeinschaft mit einem Worte in der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten auszuweichen, ist ein Betrug an den Arbeitern. Nicht Klassenfrieden, sondern Klassenkrieg, das ist die Parole für die Arbeiter.

Der Kampf der Bergarbeiter in der Tschechei

Die KPD mobilisiert zum Reichsbetriebsratkongreß

Prag, 28. September.

Die Streikbewegung der Bergarbeiter ist in der ganzen Tschechoslowakei in letztem Stadium begriffen. Die Bewegung wurde durch die unerträgliche Teuerung und durch die Einführung unerbittlicher Rationalisierungsmethoden hervorgerufen und breitet sich schnell in allen Kreisen aus.

Im Kladoetz, Ostrauer und Handlauer Revier sind die Kollektivverträge bereits gekündigt. Im nordwestböhmischen Brauntohlenrevier fordern die Bergarbeiter Revision des Lohnvertrages. In allen diesen Revieren, wo insgesamt 8.000 Berg- und Kohlearbeiter beschäftigt sind, wurden Lohnforderungen aufgestellt, die 15 bis 17prozentige Lohn-erhöhungen einbehalten. Eine immer stärker werdende Bewegung macht sich auch in allen übrigen Kohlenrevieren der Tschechoslowakei bemerkbar, so vor allem im Kalk-Dolomiten- und Kalkenauer Revier, wie auch in den kassischen Gruben in der Slowakei.

Trotz aller Sabotage der reformistischen Gewerkschaftler beginnt sich eine kampfbereite Einheitsfront der Bergarbeiter unter der Führung der KPD zu bilden. Die kommunistische Partei organisiert gleichzeitig den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter gegen die Teuerung und für die allgemeine Lohn-erhöhung. Sie gab die Parole: Reichsbetriebsratkongreß heraus, die einen immer mächtigeren Widerstand unter den wert-losen Klassen findet. Der Reichsbetriebsratkongreß soll dann als das höchste Organ der Einheitsfront den Generalstreik zur Abwehr aller Rationalisierungsansätze der kapitalistischen Klasse und zur Durchsetzung der Lohnforderungen vorbereiten.

Streik der oberösterreichischen Bauarbeiter

In den drei oberösterreichischen Industriekreisen Steyr, Steyr- und Hindenburg ist im Baugewerbe ein Streik ausgebrochen. Die Arbeiter verlangen die Erhöhung des Stundenlohnes von 56 Pf. auf 1.10 Mark.

Der französische Textilarbeiterstreik verbreitert

Der Textilarbeiterstreik in Nordfrankreich greift immer weiter aus. Gegenwärtig streiken bereits mehr als drei Viertel der gesamten Textilarbeiter des nordfranzösischen Textilarbeiter-Tekstiles. Streiken auch die Metallarbeiter. Es kam zu schweren Zusammenstößen zwischen Streikenden und Streikbrechern. Arbeiter wurden durch Pierdehufe und Gummistiefel verletzt, als berittene Gendarmen sich auf die Streikenden stürzten. Der Streik der Bodarbeiter in Vorbezug dauert an.

STÄDTE UND JAHRE

Roman aus dem alten Deutschland und dem neuen Rußland von Konstantin Fedin

Eine autorisierte Übersetzung aus dem Russischen v. Dmitrij Umanaki

Copyright by Malik-Verlag, Berlin

(65. Fortsetzung)

Sie gitterten vor Kälte, sahen wie Hunde kläglich und arm-ig, wenn die Gefangenen gefochte Rüben lauten, und bewegten zugleich mit ihnen die Kiefer und setzten ihre trockenen Rippen. Aber man ließ sie nicht lange hehen und trieb sie weiter, dem Wägen zu.

Unter denen, die am Tage der Abfahrt des Transportes ankamen, befanden sich auch Andrej und Fjodor Lependin. Andrej und drei andere Zivilgefangene wurden mit Schweigen empfangen. Lependin sah sich rasch zurecht, trieb sich unter den Krüppeln umher und fand einen Landsmann:

„Ans, sagst du? Ans?“ sprach er mit überlauter Stimme, knirschte mit seinem Kopf und klappte mit den Krüden- hähern, „ans wird man loglich weiter befördern, — denk an mein Wort!“

„Wolltest dich zu Schreihals? Wir aber langern hier wohl schon einen ganzen Monat herum.“

Denk an mein Wort! Mit einemmal wird es weiter gehen! Zu Ende ist unser Unglück, Schluss damit! Jetzt kommen wir heim. Boden haben wir, soviel unser Herz begehrt, nimm die, was für Land du willst. Der eine Wiesen, der andere Wald, was Ackerfeld braucht, — soviel er haben will. Wie es sich ge- det. Arbeit, lebe, wirtschaft, hol's der Teufel!“

„Wozu brauchst du denn Boden, wo du keine Beine hast?“

„Du Narr! Wie kannst du fragen, wozu ich den Boden brauche? Bist du ein Bauer oder ein Fabrikarbeiter?“

„Ich bin aus der Gegend von Venla!“

„Ein Venlaer Klumpfuß? Gleich geht man's! Wie sollte denn ein Bauer jetzt ohne Erde auskommen?“

„Wirst du vielleicht mit deinem Hintern adern? Ohne Beine!“

„Oh, du Narr! Wozu soll ich denn adern?“

Lependin pupte seinen Landsmann am Kessel.

„Ergähle dem Klumpfuß, wie es bei uns in Sanshino, in Kutschik aussieht —! Sag's ihm!“

„Wie sind von Semidol,“ begann der Landsmann Lependin, „bei uns gibt es hauptsächlich Obstgärten, auch Gemüsegärten, nun, und Ackerfelder gibt's nur ganz wenige.“

„Ach,“ Lependin lachte sich an den Kopf, „ach, Brüderchen! Was für eine Larmenge Obd wir haben! Kirichen — ganze Wollen, Pflaumen — ganze Berge, soviel, daß nicht einmal die Schweine sie fressen. Und auf den Beeten, auf den Beeten — Brüderchen, tot ist dort alles von Erdbeeren, und jede Erd- beere ist so groß wie eine Faust! Viktoria gibt es dort alle Sorten, und die Ackerbeeren — und die Äpfel, die freuen wir den ganzen Winter lang und dörren, salzen und legen sie ein, man wird gar nicht fertig, soviel gibt's davon! Wenn Markt bei uns in Semidol ist, ist's ganz schrecklich anzusehen: wo soll nur der Mensch mit soviel Äpfeln hin!“

„Und was für Äpfel?“ fiel der Landsmann erregt ein, „ein Äpfel ist dem anderen nicht gleich. Schlage auf untern Äpfel — und kaum ein Fleckchen bleibt auf ihm zurück; leg ihn zu den Heiligenbildern in den Winkel — mit diesem Fleckchen wird er dort überwintern.“

„Und nicht verfaulen?“ fragte ein glücklicher Burche.

„O Gott, verfaulen! Nie im Leben!“ fiel ihm wieder Lependin ins Wort und fuhr eifrig fort: „Der Äpfel dort ist wie aus Eisen, nicht umzubringen. Wir haben aber auch Sorten! Verschiedene; Jarendorn, ober der Starapfel, oder der kleine Winterapfel, viele, viele.“

„Habt ihr auch Bergamotte?“ fragte ein Burche.

„Futterbirnen, meinst du! Die ist man bei uns nicht. Die sind doch wie Rüben, die werden nur unter Viehfluter ge- mischt.“

„Hätte man uns nur hier Bergamotten unter Futter ge- mischt!“ lachte einer.

„Hier wird man auch schon was mischen!“

Der Burche klappte wehmütig.

„Und ansete Gegend ist Steppe, heiß und immer brennend.“

„Wenn die Blut nicht zu hart ist, — bringt auch sie den rich- tigen Nutzen,“ erwiderte der Semidoler.

„Tut nichts, Brüderchen, fränke dich nicht, tomu zu uns auf die Beete!“ sagte Lependin. „Boden betonnt du jetzt, so- viel du willst, nimm die selbst, soviel du kannst. Gefällt dir der Boden nicht, gehst du wieder. Gefällt er dir aber, dann verwende ihn, wie du willst. Ich zum Beispiel habe durch den Krieg meine Beine verloren. Aber ich bin in Gemühsarbeit bewandert.“

Die Arbeit ist schwer, nicht einmal eine Frau verträgt sie. Aber mir macht sie gar nichts aus. Ich kann den Arm eines halben Arshin tief in die Erde senken, ohne den Rücken krumm zu machen. Ein Glück!“

„Sch' einer den frühlichen Burchen!“

„Soll ich vielleicht meinen? Ach, mein Lieber, nach Hause fahren wir, in die Freiheit, ins Bauernland!“

„Wer sind die andern von eurer Abteilung?“

„Zivilisten...“

„Herrschaffen?“

„Wie soll ich es sagen?“ überlegte Lependin. „Schildet sind sie, — das stimmt ja. Aber sonst ganz angenehme Menschen.“

„Bei uns soll es solche nicht mehr geben.“

„Nicht, daß es keine mehr gibt, sie haben aber mit der Bauernschaft nichts mehr zu tun...“

„So, so?“

Lependin hatte „Glück gebracht“: am Abend wurde der Transport zusammengestellt, und die Einwaggonierung begann.

Neben Andrej richtete sich ein bärtiger Mann mit Schlaf- pelz und Pelzmütze ein. In seiner ungewöhnlichen Kleidung paßte er nicht zu den zerrissenen Hemden und Mägen. Sein Haar und sein mächtiger blonder Bart strahlte sich in Spiralen wie Holzwolle, sein Gesicht schien sonderbar klein in diesem Dickicht von Haaren, die durchsichtigen Lider verbedeten zur Hälfte seine leuchtenden schwarzen Augen. Der Bauer war von besonders hohem Wuchs, und die Schultern senkten sich breit und abköhlig nieder. Er hielt sich nur mit Mühe auf den Beinen und streckte sich gleich beim Eintritt in den Wagen auf die Bank aus, legte den Halbpelz unter den Kopf und verdeckte seine Mühe darunter.

„Bist du krank?“ fragte Lependin, als alle untergebracht waren. Er häupte durch den Wagen, betrachtete seine Nachbarn und knüpfte Gespräche an.

Der Bauer hob seine flache Brust. Sie freilichte wie ein zerrissener Blasebalg, und der Bauer deutete mit dem Finger darauf.

„A-ah —“ jagte Lependin, „bist auf der Brust krank, ich verstehe.“

„Ich spude Blut,“ sprach der Bauer mit dünner Stimme, die man von ihm angehts seines Wuchses, seiner Schultern und seines wilden, ritterlichen Bartes nicht erwartet hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Neuregelung des Steuerabzuges

Durch das zweite Gesetz zur Veränderung des Einkommensteuergesetzes vom 23. Juli 1928 (RGBl. I, S. 239) treten mit Wirkung vom 1. Oktober 1928 ab beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zwei wichtige Veränderungen ein:

- Zur Vereinfachung der Steuerberechnung ist der Bruttoarbeitslohn
 - bei Zahlung für volle Monate auf den nächsten durch 5 teilbaren vollen Reichsmarkbetrag,
 - bei Zahlung für volle Wochen auf den nächsten vollen Reichsmarkbetrag,
 - bei Zahlung für volle Arbeitstage auf den nächsten durch 20 teilbaren Reichspennigbetrag,
 - bei Zahlung für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden auf den nächsten durch 5 teilbaren Reichspennigbetrag
 nach unten abzurunden. Im übrigen ist die Steuer wie bisher zu berechnen, jedoch mit folgender Veränderung:
- Der Abzug von der Steuer, die nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes von dem nach Ziffer 1 abgerundeten Arbeitslohn zu berechnen ist, hat bisher 15 v. H. (höchstens 2 RM monatlich) betragen. Er ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1928 erhöht worden und beträgt von da ab 25 v. H., jedoch
 - bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate höchstens 3 RM monatlich,
 - bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen höchstens 0,75 RM wöchentlich,
 - bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage höchstens 0,15 RM täglich,
 - bei Zahlung des Arbeitslohnes für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden höchstens 0,05 RM für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden.
- Die Veränderungen finden erstmalig auf die Bezüge Anwendung, die für eine nach dem 30. 9. 1928 erfolgte Dienstleistung gewährt werden. Zähl der Zahlungstermin zum Teil vor dem 1. 10. 1928, zum Teil in die Zeit nach dem 30. 9. 1928, so sind die Veränderungen für den ganzen Zahlungszeitraum anzuwenden.

II.
1. Die vor der Vornahme des Abzuges (Ziffer 1, 2) zu ergebende Steuer ist auf den nächsten durch 5 teilbaren Reichspennigbetrag nach unten abzurunden. In gleicher Weise ist die nach der Vornahme des Abzuges sich ergebende Steuer abzurunden.
2. Der Abzug darf nur von den laufenden Bezügen, nicht aber von einmaligen Einnahmen des Arbeitnehmers gemacht werden.
3. Die Vorschriften über den Steuerabzug sind auch anzuwenden, wenn der Steuerabzug auf Grund einer zweiten oder einer weiteren Steuererklärung vorgenommen wird.
III.
Ein die Veränderungen enthaltendes „Merksblatt für den Steuerabzug vom Arbeitslohn“ wird von den Finanzämtern unentgeltlich ausgegeben.

Volksentscheid gegen Panzerkreuzer

Öffentliche Versammlungen
Mittwoch den 3. Oktober
Zischawitz, Ref.: Stoll, Berlin
Struppen, Mittlerer Galthof, Referent: Dr. R. Helm, Stadterordner (Dresden).
Neugersdorf, Stadt Zittau, Ref.: G. Häbel, M. d. R.

Rundfunk
Montag den 1. Oktober
10.30 Uhr: Hauptst. 17.45 Uhr: Arbeitslohn, 19.20 Uhr: Reichsanwalt, 20.30 Uhr: Reichsanwalt, 21.15 Uhr: Reichsanwalt, 22.00 Uhr: Reichsanwalt, 22.45 Uhr: Reichsanwalt.

KPD / Bezirk Ostschlesien / Sekretariat
Kolumbusstr. 4, Tel. 2003 / Die kommunistischen Mitglieder müssen spätestens drei Tage vor dem Erscheinungstermin im Sekretariat gemeldet sein.
Montag den 1. Oktober
Stadteil 1, 19.30 Uhr im Restaurant „Schwarz“, Bismarckstr. 10, 1. Stockwerk. Thema: Die Arbeiterbewegung in Ostschlesien.
Stadteil 2, 19.30 Uhr im Restaurant „Schwarz“, Bismarckstr. 10, 1. Stockwerk. Thema: Die Arbeiterbewegung in Ostschlesien.
Stadteil 3, 19.30 Uhr im Restaurant „Schwarz“, Bismarckstr. 10, 1. Stockwerk. Thema: Die Arbeiterbewegung in Ostschlesien.
Stadteil 4, 19.30 Uhr im Restaurant „Schwarz“, Bismarckstr. 10, 1. Stockwerk. Thema: Die Arbeiterbewegung in Ostschlesien.
Stadteil 5, 19.30 Uhr im Restaurant „Schwarz“, Bismarckstr. 10, 1. Stockwerk. Thema: Die Arbeiterbewegung in Ostschlesien.
Stadteil 6, 19.30 Uhr im Restaurant „Schwarz“, Bismarckstr. 10, 1. Stockwerk. Thema: Die Arbeiterbewegung in Ostschlesien.
Stadteil 7, 19.30 Uhr im Restaurant „Schwarz“, Bismarckstr. 10, 1. Stockwerk. Thema: Die Arbeiterbewegung in Ostschlesien.
Stadteil 8, 19.30 Uhr im Restaurant „Schwarz“, Bismarckstr. 10, 1. Stockwerk. Thema: Die Arbeiterbewegung in Ostschlesien.
Stadteil 9, 19.30 Uhr im Restaurant „Schwarz“, Bismarckstr. 10, 1. Stockwerk. Thema: Die Arbeiterbewegung in Ostschlesien.
Stadteil 10, 19.30 Uhr im Restaurant „Schwarz“, Bismarckstr. 10, 1. Stockwerk. Thema: Die Arbeiterbewegung in Ostschlesien.

Gloria Dallas LICHTSPIELE
SCHANDAUER STRASSE 11 / FERNSPRECHER 30824
Trotz des großen Erfolges - Nur noch bis Donnerstag
ROBERT UND BERTRAM
Harry Liedtke, der große Komiker, Fritz Kampers, die nachstreffliche Naturdarsteller, Hans, Pilsch, ein Kapitel für sich.
Jedenfalls unter 14 Jahren zahlen in der 1. Vorstellung halbe Preise.

Lebensmittel, Schokoladenwaren
empfehlen zu billigen Preisen
Erich Werner, Radeberg
Orsa-Flor
der beste Hustentee
zu haben in der
Apotheke, Demitz-Thumitz
Leibbinden v. 3,75 M. an
Häftlinge von 1,50 M. an
Groschäfte von 0,75 M. an
Kleinhandel, wie Spülseife, Spülgarn, etc.
Größe Wonne, Pirna, Burggasse 18

Sanitätshaus „Frauenwohl“
Pirna, Gartenstr. 10
Joh. Maaz
Elektro-Tiebel
Bauschlosserei
Radeberg
Pulsitzer Straße 5
Telephon 2005

Stephenson-Lichtspiele
Dr.-Leuben * Straßenbahn 12 und 19
Von Montag, den 2. Oktober, bis Mittwoch, den 3. Oktober
Nur 2 Tage nur wir zeigen das ausgezeichnete russische
Kammerspiel, der Film der stärksten Realität:
Bett und Sofa
Präsentation: Ohne Plakat, aber auch ohne Plakat - ohne
Neben, aber nicht ohne Neben - Keine Anklagen, keine
Mischen, aber auch kein Werk für die Kunst und Überzeugte -
sondern ein Werk für unsere und unsere Menschen der
modernen Zeit.
Im Programm:
Humor * Naturaufnahmen * Wodensdau
Beginn: 18.15 und 20.15 Uhr - Erwachsene zahlen halbe Preise
Werbt neue Abonnenten

Photo-Schönfeldt
Amalienstraße 10
empfehlen in Qualität in
Kameras, Kinos, Bedarfsartikel, Photoarbeiten
ANZEIGEN
haben den denkbar
besten Erfolg in der
ARBEITERSTIMME

M-S Lichtspiele
Moritzstraße 10
Höchstes Tempo, größte Spannung,
unüberbietbare Sensationen
das alles zusammen bringt nur -
TOM MIX
in tausend Masken: als Texasreiter,
als Bandit, als Koch, als Kurpfuscher,
als Sieger über eine ganze Räuberbande
Ein Ritt durch die tausend Gefahren der
Bergschluchten, ein Ritt an gähnenden
Abgründen, ein Ritt, wie ihn nur ein
einzigster Mann der Welt zu zeigen
vermag:
TOM MIX
in seinem neuesten größten Fox-Film
Der
Schrecken
der
Posträuber
Ein Kampf auf Tod und Leben in den
Schluchten des Grand Canon
Ab Montag: 4, 6¹⁵, 8³⁰ Uhr

Ämliche Bekanntmachungen

Freitag - Volksbegehren
Der Reichsminister des Innern hat durch Verordnung vom 17. September 1928 (Eichl. Gleichbl. Nr. 222 vom 21. 9. 1928) dem Antrag auf Volksbegehren mit dem Kennwort „Panzerkreuzerwerbe“ stattgegeben und die Eintragungsjahre auf die Zeit vom 3. Oktober bis einschließlich 10. Oktober 1928 festgesetzt.
Der Gesamtrat hat dazu beschlossen, folgende Eintragungsjahre zu errichten:
Für die Stimmbezirke 1 bis 7:
Verwaltungsjahre C (Wahl- und Pfennig) früheres Rathaus Deuben, Erdgasse 12/13;
für die Stimmbezirke 8 bis 13 und 17:
Verwaltungsjahre B, Zimmer Nr. 1, 1. Stock (früheres Rathaus Volkshaus);
für die Stimmbezirke 14 bis 16:
Rathaus, Zimmer Nr. 22;
für die Stimmbezirke 18 und 19:
Verwaltungsjahre Burg.
Für Sonntag den 14. Oktober 1928 werden außerdem noch folgende Eintragungsjahre errichtet:
Zu Stadteil Zanderode: Glöckchen, (Umfasst alle Grundstücke der ehemaligen Gemeinde Zanderode mit Burgwärtstraße Nr. 147, 149, 164, 166, 168).
Im Stadteil Birgitz: Das Schmalzimmer im ehemaligen Gemeindefeld. (Umfasst alle Grundstücke in der ehemaligen Gemeinde Birgitz, ausschließlich der der Volkshausstraße.)
Im Stadteil Niederbach: Polenshufe, (Umfasst Am Siegelhaus, Am Dorfplatz, Heilborngraben, Hinter den Gütern, Obernandorfer Straße, Polenshufe Nr. 81 bis Ende).
Die Eintragung in die Listen kann während dieser Zeit an allen Wochentagen von 8 bis 16 Uhr und an Sonntagen von 10 bis 13 Uhr erfolgen.
Eintragungsberechtigt ist:
a) wer am Tage der Eintragung zum Reichstag wählen kann und in der Wahlart aufgenommen ist;
b) wer im Besitze eines Eintragungsjahres ist.
Bei der Eintragung sind entsprechende Ausweisstücke (Einwohnerliste, Geburtsurkunde usw.) vorzulegen.
Personen, die sich während der Eintragungsjahre vorübergehend außerhalb des Stadtbezirks aufhalten und am Eintragungstermin verhindert sind, können Eintragungsjahre erhalten, die beim Wahl- und Pfennig während der Auslieferung ausgestellt werden. Diese Eintragungsjahre berechtigen die Eintragung in jeder beliebigen Gemeinde vorzunehmen. Verlorene eingegangene Eintragungsjahre werden nicht ersetzt.
Nachstehend werden die einzelnen Stimmbezirke aufgeführt:
1. Stimmbezirk: Auguststr., Bahnhofstr., Döhleener Straße, Feldstr., Rosarstr., Obere Dresdener Straße 47-100 und Politz.
2. Stimmbezirk: An der Weipert, Badergasse, Egerstr., Kirchstr., Ködnerstr., Lange Straße, Neue Straße, Postamtstr. und Weipertstraße.
3. Stimmbezirk: Am Pfaffengrund, Bergstr., Gabelsbergerstraße, Goetheplatz, Güterbahnhofstr., Güterstr., Hohe Straße, Kosselstr., Obere Dresdener Straße 101 bis Ende, Süßstr., Tharandter Straße und Weipertstraße.
4. Stimmbezirk: Hinterstr., Körnerstr., Kreuzstr., Pöbber, Müllers Weg, Polentastr., 2-43, Schafplatz und Schillerstr.
5. Stimmbezirk: Angerstr., Brückenstr., Bürgerstr., Föhrenweg, Jägerstr., Johannistr., Poststr., Mühlentstr., Oststr., Quersgasse, Rosenstr., Lutznerweg und Vorderstraße.
6. Stimmbezirk: Am Herenberg, Polentastr. 44-80, Kottwitz-Görsch-Straße 1-28, Kugelstr., Wartburgstr., Windmühlstr. und Zur Hoffnung.
7. Stimmbezirk: Am Dorfplatz, Am Siegelhaus, Heilborngraben, Hinter den Gütern, Obernandorfer Straße und Polentastr. 81 bis Ende.

8. Stimmbezirk: Burgler Straße 1-5, Deubener Straße, Goethestr., Grenzstr., Konitzstr., Oberbergstr., Sörgelstr., Schulstr., Turnerstr., Untere Dresdener Straße 85-113 und Wilsdruffer Straße 1-24.
9. Stimmbezirk: Am Bahnhof, Am Markt, Döhlener Straße, Gutenbergstr. und Untere Dresdener Straße 1-84.
10. Stimmbezirk: Kuchstr., Carolinstr., Colbühner Straße 1 bis 31, Friedrich-Ebert-Platz, Georgstr., Leisnig, Rottfeldstr., Richard-Wagner-Platz, Richard-Wagner-Straße, Terrassenweg und Uferstraße.
11. Stimmbezirk: Colbühner Straße 32 bis Ende, Fichtstr., Fleischerstraße, Gartenstr., Hammergasse, Schreiberstr., Steinstr. und Uferstraße.
12. Stimmbezirk: Adolph-Damaskus-Straße, Am Kleinen Ferkel, August-Bebel-Straße, Bachstr., Burgwärtstr., ohne Nr. 147, 149, 164, 166 und 168, Freilichtbühnen, Karl-Marx-Straße und Marktstraße.
13. Stimmbezirk: Am Burgwärtberg, Jochbühler, Kirchweg, Lindenstr., Oberpostenmühlener Straße, Roghauer Straße, Uhlendorfer Straße und Ziegelstraße.
14. Stimmbezirk: Am Berg, Kauls Gasse, Hüttenstr., Kirchbergstr., Mittelweg, Nordstr., Reuterstr., Schulweg, Taltstr., Weipertstraße und Zanderoder Straße.
15. Stimmbezirk: Genossenschaftstr., Hauptstr., Obere Dresdener Straße 1-40, Volkshaus, Iser Straße, Schafstr., Untere Dresdener Straße 114 bis Ende, Waisenhaus und Wellinggrund.
16. Stimmbezirk: Am Bach, Am Kleinen Weg, Am Kunitz, Bahnhofsberg, Burgwärtstr. 147, 149, 164, 166 u. 168, Erlenallee, Saalhäuserer Straße, Wilsdruffer Straße 25 bis Ende und Wurgauer Straße.
17. Stimmbezirk: Am Brunnen, Bannweiger Straße, Birgitzger Straße, Blumenstr., Breite Straße, Elisabethstr., Nienmühlentstr., Gütterseer Straße, Ludwigs-Richter-Straße und Zierstr.
18. Stimmbezirk: Am Schloßgarten, Bergerhainweg, Bornmanns Weg, Bornmanns Berg, Burgler Straße 88-140, Damms Weg, Döhlener Straße, Gemeindegasse, Hartmanns Berg, In der Delle, Kapellenweg, Kleine Gasse, Kurze Straße, Kottwitz-Görsch-Straße, 100 bis Ende, Schulberg und Waldweg.
19. Stimmbezirk: Am Seilerhöfen, Am der Semmlingbahn, Bergmannstr., Bernhards Weg, Burgler Straße 141 bis Ende, Cannerdorfer Straße, Glöckchenweg, Heimsättenweg, Kleinnaundorfer Straße, Kohlenstr., Meißelshainweg, Sonnenleite und Zierstraße.
Kat der Stadt Freital, am 25. September 1928.
Die Wählerberatungskunde fällt während der Schulferien vom 1. bis mit 6. Oktober aus.
Kat der Stadt Freital, am 29. September 1928.

Brand-Erbisdorf
Spittelguteweg betr.
Das unter dem 9. August dieses Jahres erlassene Verbot des Verkehrs mit Fahrzeugen auf dem Spittelguteweg wird insoweit aufgehoben, als der genannte Weg als Einbahnweg in die Richtung nach den Glashütten von Radfahrern benutzt werden darf. Im übrigen bleibt das Verbot vom 9. August dieses Jahres nach wie vor bestehen.
Brand-Erbisdorf, am 27. August 1928.
Der Stadtrat.
Ottendorf-Ostrilla
Fällig ist am 1. Oktober 1928 der
2. Termin Brandfeste
und spätestens bis 10. Oktober 1928 an die Ortseinzelnahme zu bezahlen.
Ottendorf-Ostrilla, am 29. September 1928.
Der Gemeinderat.